

Kommentare zu Zeitfragen

Die Stimme der Anderen

Frédéric Walthard

Band II

Inhaltsverzeichnis

I.	Der letzte “Coup” des Altmeisters der Politik	
	Zum Tod von François Mitterrand.....	1
	1	
II.	Mitterrand der Erbe de Gaulles	
	Rivale oder Vollender?.....	15
III.	Die Gefahren der “Globalisierung”	
	Nach Davoser Art.....	23
IV.	Der Balkan	
	Wie lange noch Spielball der Grossmächte?.....	2
V.	7	
VI.	Wie sehr gefährdet Novartis den Standort Schweiz?	
	Wirtschaftlich und Sozial.....	35
VII.	Milizarmee - nötiger denn je	
	Beste Abwehr gegen neue Gefahren.....	39
VIII.	Nur eine Alibi - Uebung	
	Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.....	45
IX.	Wird der EWR plötzlich wieder eine gute Lösung?	
	Im Zusammenhang mit Maastricht II.....	5
	3	
X.	Humanitäre Aktionen müssen geschützt werden	
	Zum Tod von drei Schweizer-Rotkreuzhelfer.....	57
XI.	Unsere Ja - und Nein - Sager : Wer ist wirklich was ?	
	Antwort auf Frank A. Meyer im Sonntagsblick.....	
	61	
XII.	EU-Beitritt: Dem Volk das erste und das letzte Wort	
	Antwort auf Prof. René Rhinow.....	6
	5	

XIII.	Wetterleuchten am EU - Himmel	
	Misserfolge werden zunehmend sichtbar.....	69
XIV.		
XV.	Muss denn die Schweiz so schlecht gemacht werden?	
	Zum Nazi-Raubgold.....	77
XVI.	Weg von der Strasse - mit oder ohne Brüssel	
	Kostenwahrheit contra Alpenschutz.....	81
XVII.	Der Glaube an die Schweiz	
	In der Unabhängigkeit ist die Zukunft.....	8
	5	
XVIII.	Die Welt braucht ein Friedenskorps	
	Zum Schutz humanitärer Hilfe.....	9
XIX.	5	
	Warum der EU beitreten? Wo sich die Gräben	
XX.	zwischen Völkern und Regierungen vertiefen.....	99
	Arbeitslosigkeit: Wer soll zahlen?	
XXI.	Die Verursacher von Massenentlassungen.....	10
	3	
XXII.	Strasse gegen Behörden	
	Wer regiert noch in den westlichen Demokratien?.....	107
XXIII.	Rückkehr von Zar Simeon II	
	Chancen der Monarchie in Bulgarien?.....	113
XXIV.	Bilaterale Abkommen mit der EU sofort vors Volk	
	Nicht erst nach einer jahrelangen Probezeit.....	119
XXV.	Die Schweiz hat noch lange nicht ausgespielt	
	Neutralität nach wie vor nötig.....	125
	Hat die Schweiz ihr Rückgrat verloren?	

Vorwort

1996 und die erste Hälfte 1997 brachten der Schweiz viel Unangenehmes:

Eine rasch anwachsende Fusions-Welle nicht nur bei den grossen, leider auch bei den mittleren und kleinen Betrieben. Dazu die massiv fortschreitende Abwanderung schweizerischer Unternehmen nach Billiglohn - Regionen. Die Folge davon: Tausende von Arbeitslosen und ein Heer vorzeitig pensionierter Frauen und Männer, die neben finanziellen Problemen, ratlos vor der Frage stehen, wie sie den Rest ihres Lebens sinnvoll gestalten sollen.

Das kümmert die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Industrie herzlich wenig: Es geht ihnen bei dem, angeblich zugunsten einer besseren Konkurrenzfähigkeit massiven Abbau menschlicher Arbeitsplätze nicht ums Ueberleben im Interesse des Landes, sondern letztlich nur um die Beherrschung der Weltmärkte und in Milliarden wachsende Gewinne. Diese Illusion wird ihnen bald von den bestehenden und kommenden grossen Wirtschaftsmächten im Fernen Osten, mit China an der Spitze, genommen werden.

Auch der immer aggressiver dem Schweizervolk aufgeschwätzte Beitritt zur Europäischen Union wird die wirtschaftliche Stellung der Schweiz nicht verbessern, sondern nur bedenklich verschlechtern. Dazu Milliarden für die gemeinsame Kasse der EU kosten, wovon die Schweiz, als sogenannter Nettozahler, ohnehin nichts bekommt.

Irgendwie scheint den Entscheidungsträgern in der Schweiz das Mass für das, was für ein kleines Land richtig ist, verloren gegangen zu sein. Der Mut zur Kleinheit in allem und jedem, aber auch der Stolz darauf, der Wille gerade dank dieser Kleinheit und Bescheidenheit ein Land mit noch einigermaßen gesunden rechtlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen,

insbesondere menschenwürdigen Lebensbedingungen für die Kleinen und Schwachen zu bleiben, ist bei der regierenden Klasse praktisch vollständig verschwunden. Genau gleich, wie der Mut fehlt, den Anfeindungen aus dem Ausland für das Verhalten im letzten Weltkrieg zu widerstehen. Niemand will mehr daran denken, dass wir damals ein Viermillionen - Volk waren, das verhältnismässig viel mehr für die Flüchtlinge getan hat als alle anderen grossen Völker zusammen.

Anstatt in Vergangenheitsbewältigung zu machen geht es nun darum, die Zukunft vorzubereiten. Den einzelnen Menschen wieder aufzuwerten, ihn vom rein materiellen Denken zu heilen. Geistig auf eine Zukunft der Verantwortung für sich und seine Gesellschaft vorzubereiten, zu mehr Selbständigkeit in seinem Denken und Handeln erziehen und ihm wieder den Glauben an Ideale, wie Solidarität und humanitäre Hilfe für notleidende Menschen auf der ganzen Welt, zu geben. Die Schweiz als eine unabhängige Insel der Zuflucht zu erhalten für die Menschen, die dringend und ehrlich eine neue Heimat suchen; die nicht nur zum Geschäftemachen und irgendwelchen unlauteren politischen Machenschaften zu uns kommen wollen. Das alles werden wir nur tun können, wenn wir uns von der Mediatisierung unserer Gesellschaft und die Tyranie einiger weniger mächtiger Meinungsträger und Meinunmacher befreien.

Viele denken das gleiche, aber wenige wagen, es auszusprechen. Deshalb war es auch 1996/97 notwendig, ihre Meinung, eben die Stimme der Anderen, zum Wort kommen zu lassen.

Der letzte “ Coup“ des Altmeisters der Politik

Zum Tod von François Mitterand

Nachdem sich der dicke “Weihrauchdunst” um die Begräbnisfeiern des französischen Staatspräsidenten François Mitterand gelichtet hat, tritt aus all dem, was gesagt, geschrieben und gezeigt wurde, etwas ganz klar zu Tage - der Abgang kam gerade zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort und in einer äusserst würdigen, dem Stolz der „Grande Nation“ entsprechenden Art. So wie es früher beim Abgang der französischen Monarchen üblich war.

Kein Wunder, dass viele Beobachter laut und offen verkündeten, der Altmeister der Polit-Strategie habe seinen Abgang so orchestriert und mit seinen Gefolgsleuten, insbesondere dem Superwerbe-Spezialisten Jack Lang so sehr ins kleinste Detail (bis zur Art und Farbe der Blumen - blaue und gelbe Iris, die Königsblume, rote Tee-Rosen) vorbereitet, dass der Erfolg einer von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt über das ganz Land und auch weltweit aufwallenden Verehrung nicht ausbleiben konnte.

Etwas noch nie Dagewesenes, das dank dem vollen und sklavisch treuen Mitmachen der drei grossen französischen Fernsehketten, zu einem Millionen von Menschen erfassenden Ereignis wurde. So meisterhaft orchestriert durch die Verantwortlichen des Fernsehens, die Mitterand selber im Laufe seiner 14 jährigen Herrschaft ausgesucht und an die entscheidenden Posten gesetzt hatte, dass sich im ganzen Lande das Gefühl eines grossen Verlusts und einer tiefen Trauer ausbreitete. Es brauchte viel Mut, um in diesen Tagen Worte der Kritik oder sonst irgendwelche Vorwürfe zu äussern. Sogar der zwar mehr nominelle Erzfeind Mitterands, der jetzige Staatspräsident

Jacques Chirac, und mit ihm viele andere Gaullisten, schienen von einer ehrlich empfundenen Trauer erfasst zu sein. Als ob man den Vater der Nation verloren habe, der Mann, dem es gelungen sein soll, die einander seit Jahren auf das bitterste bekämpfenden Franzosen zu versöhnen...

So wenigstens tönte es in der riesig aufgemachten „Trauer-Kampagne“ Jack Langs mit übergrossen Bildern des Verstorbenen, wie zu Zeiten Stalins oder Maos, Spruchbändern, Massenversammlungen mit ergreifender Musik, viel Trauergesang, Erinnerungsbücher die zu Hunderten für die Unterschrift der Trauernden aufgelegt wurden. Vor allem hufenweise rote Rosen, die Blume Mitterands, und tausende von Kerzenlichtern, mit denen überall die Plätze und die Strassen der Städte und Dörfer garniert wurden.

Eine Stimmung noch viel ergreifender und umfassender als bei der Wahl Chiracs zum Nachfolger Mitterands. Als ob die Franzosen die schwierigen Zeiten, die rücksichtslosen sozialen Kämpfe und den pickelhart durchgezogenen Streik der letzten Wochen vergessen oder sich die Augen vor dem verbinden wollten, was in dem nunmehr angebrochenen Jahr auf sie zukommt. Wie immer dem sei, eines ist sicher: Die Sozialisten haben durch den Tod Mitterands neuen Auftrieb erhalten; neue Kräfte gefunden, um das Ruder im Lande wieder an sich zu reissen. Und sie geben sich gerne der Illusion hin, dass sie jetzt den Gaullisten eine ebenso so grosse Figur, wie de Gaulle, entgegensetzen haben. Sagte nicht Mitterand selber in seinen Gesprächen über den Tod, dass dieser ein Bresche im Nichts sei, aus der Neues entstehen könne. Historiker und Philosophen werden nun Jahre lang darüber diskutieren und schreiben können, ob er damit Frankreich in Europa, die Aussöhnung der Franzosen unter sich oder das Entstehen einer neuen politischen Ordnung usw. usf. meinte.

Jedenfalls für die Sozialisten ist sicher, dass er damit ihren Wiederaufstieg und den Sieg bei den Legislaturwahlen in zwei Jahren meinte. Seit man weiss, dass er selber den Zeitpunkt seines Abgangs durch den Entscheid der Einstellung jeglicher medizinischer Ueberlebenshilfe wählte, muss auch der unvoreingenommene Beobachter zugeben, dass er damit für die Sozialisten, nach der Schwächung der Regierung Juppé und dem Erfolg des Wochen dauernden Streiks, einen sehr günstigen Zeitpunkt wählte.

Zufall, Fügung oder kalte, zynische aber auch ausserordentlich mutige und cartesianisch vorauskalkulierte Planung? Das letztere ist durchaus plausibel für jemand, für den das Bild, das er in der Geschichte hinterlässt, stets von entscheidender Bedeutung war: Gepaart mit einer irgendwie doch messianisch empfundenen Mystik über die Rolle, die zu spielen er sich berufen fühlte. Ob er damit wirklich den Sozialisten zu neuer Macht verhelfen wollte, oder ob ihm an der Auslösung neuer, in die Zukunft weisender Kräfte in Frankreich und Europa oder ganz einfach nur daran lag, mit einem letzten „Coup“ seinem lebenslangen Rivalen de Gaulle ebenbürtig zu werden oder ihn gar zu überbieten, ist eines der vielen für sein Wesen so typischen Enigmen.

Original Text von 16.Jan 96, publiziert bz 26.Jan. 96

II.

Mitterand der Erbe de Gaulles

Rivale oder Vollender

Seit Beginn seiner politischen Karriere bekämpfte Mitterand de Gaulle. Als Folge einer kuriosen dialektischen Umkehr-wirkung hat der Antigaullismus Mitterands zu einer besse- ren Verankerung und weiteren Entwicklung der Reformen de Gaulles, insbesonde- re der neuen Verfassungsordnung der Fünften Republik, geführt. Man ist fast versucht mit Mephistopheles in Goethes Faust zu sagen „ich bin der Geist, der stets das Böse will und doch das Gute schafft“, damit auch anzuerkennen, dass Mitterand, viel- leicht noch mehr als de Gaulle, das heutige Frankreich - im guten wie im schlechten - geprägt hat. Also nicht zu Unrecht als sein Erbe betrachtet werden darf.

Tiefsitzende Rivalität

Die Rivalität zu de Gaulle begann bereits 1942 bei Pétain in Vichy und anschliessend bei der Résistance in Frankreich. Später wäh- rend einer blendenden politischen Karriere mit elf Ministerämtern unter der Vierten Republik. 1965 als Gegenkandidat zu de Gaulle für das Amt des französischen Staatspräsidenten; 1971 als Begründer der neuen sozialistischen Partei Frankreichs, heraus- gewachsen aus der „Demokratischen und sozialistischen Union der Résis- tance“, deren Präsident Mitterand seit 1952 war. Seit der Machtübernahme 1981 für zwei Amtsperioden von je sie- ben Jahren als Staatspräsident hat Mitterand nichts unversucht gelassen, um sich vor der Geschichte nicht nur als ebenbürtig zu de Gaulle zu erweisen, sondern ihn sogar zu überflügeln.

Vollblut-Politiker

Als gewiegter Politiker, schreckte Mitterand zum Erreichen seiner Ziele vor nichts zurück: Wie das 1962 von ihm gegen sich selber

organisierte, fiktive Attentat, um auf dem Wege des Mitleids eine bessere Wählergunst zu bewirken. Ein Mittel, das er auch später mit dem bei jeder publizistisch günstigen Situation gemachten Hinweis auf seinen Prostata-Krebs (besonders während der Maastricht - Abstimmung) und besonders am Ende seiner Amtszeit meisterhaft ausnützte, wenn das auch von ihm bei der rasch voranschreitenden Krankheit viel Mut, Selbstbeherrschung und einen tiefsitzenden mystischen Glauben an seine Berufung erforderte.

Als Vollblut-Politiker war Mitterand ein gefürchteter Taktiker und messerscharfer Dialektiker; ein geborener Schauspieler mit einem äusserst foto- und videogenen, asketisch und beherrscht wirkenden Gesicht. Mit halbgeschlossenen und plötzlich Funken sprühenden Augen verstand er es ausgezeichnet, das heute für jeden Politiker und Staatsmann entscheidende Medium des Fernsehens ganz zu seinem Vorteil auszunützen. Gleichzeitig konnte er sich als der gemütliche, volkstümliche, dem französischen Durchschnittsbürger, dem "petit bourgeois" der Provinz entsprechende und, frei von jedem Ehrgeiz, nur um das "Wohl des Volkes", besonders der Armen und der ungerecht Behandelten, besorgte Landesvater aufspielen. Wie bei den von seinem Super-Werbespezialisten Jack Lang organisierten Trauerfeierlichkeiten auf dem Platz der Bastille in Paris besonders von den 15 bis 25 Jährigen, aber auch von vielen älteren Franzosen gesagt wurde, repräsentierte er eigentlich Jedermann im Lande: Jeder finde Züge von sich selber bei ihm; alle Teile des Landes, die er viel und gerne besuchte, vermochten sich mit ihm zu identifizieren.

Seine äusserst bewegliche Intelligenz und seine doch überdurchschnittlich profunde Belesenheit fanden sich mit Leichtigkeit in allen Situationen und noch so komplexen Fragen zurecht. Im Verkehr mit anderen Menschen legte er gerne die für einen

„Advokaten“ typische Zurückhaltung an den Tag, obwohl er eigentlich diesen Beruf nicht gerne und relativ wenig ausgeübt hat. Dafür machte er häufig, besonders auch den Damen gegenüber, von einem bewusst etwas altmodisch, provinzierisch und schüchtern gehaltenen, geheimnisvoll wirkenden, manchmal von einem trockenen, fast ironischen Humor, oft sogar auch von einem „brutal-eleganten Zynismus“ durchsetzten Charme Gebrauch. Er verstand es meisterhaft (zu Recht oder leider sehr oft auch zu Unrecht, wobei die Liste der von ihm Enttäuschten sehr lang ist) das Vertrauen der Anderen, vom einfachsten Menschen bis hinauf zu den wichtigsten Entscheidungsträger, zu gewinnen.

Identifikation mit de Gaulles Ideen

Das Erstaunlichste an Mitterrand ist, wie er sich die Zielsetzungen de Gaulles zu eigen machte und sie weiter entwickelt hat. Es wird behauptet, dass er besonders während seiner ersten Amtszeit, die Memoiren de Gaulles auf seinen Nachttisch hatte und sich nicht nur von dessen Ideen sondern auch von der Art, wie de Gaulle die Situationen und Menschen beurteilte, aber auch von dessen Gehabe und Mimik beeinflussen liess. Das schliesst natürlich keineswegs aus, dass er sich 1958 vehement nicht nur gegen die Rückkehr de Gaulles als Präsident wehrte, sondern dessen Verfassungsentwurf einer Präsidialrepublik auf das bitterste bekämpfte. Als Präsident hat er dann während seiner 14 jährigen Amtszeit diese Verfassung nicht nur fest verankert, sondern weiter in Richtung noch grösserer Macht des Präsidenten, mit fast monarchischen Zügen, ganz wie es de Gaulle insgeheim vorgeschwebt haben muss, ausgebaut.

Regionalisierung - Demokratisierung

Natürlich war es Mitterrand, der 1969 den Versuch de Gaulles

einer Regionalisierung bzw. Dezentralisierung der Staatsgewalt und einer Reform des Senats erfolgreich bekämpft und damit de Gaulle zum Rücktritt getrieben hatte. In seiner Amtszeit sind beide Reformen, und zwar viel weitergehend als sich das de Gaulle vorgestellt hatte, verwirklicht worden, sodass heute von einem zunehmend föderalistischen Aufbau Frankreichs gesprochen werden kann. Damit haben auch die Munizipalwahlen in Frankreich, genau so wie die zunehmend häufigere Verwendung von Volksbefragungen an Bedeutung gewonnen. Auch die von Mitterrand ziemlich „weich“ und konziliant geführte „Kohabitation“ mit einer Rechtsregierung unter Chirac im ersten und unter Balladur am Ende des zweiten Septenats zeigt deutlich, wie sehr unter seinem Einfluss auch in Frankreich ein demokratisches Zusammenleben der einander opponierenden Parteien möglich geworden ist.

Schliesslich war es ebenfalls Mitterrand, der entschieden hatte, den Vertrag von Maastricht einer Volksbefragung zu unterstellen und der die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen vorgenommen hat. Alles Dinge, von denen de Gaulle überzeugt war, aber die er wegen der politischen Lage im Lande nicht an die Hand zu nehmen wagte.

Armee und Aussenpolitik

Eine moderne Armee und eine der Abschreckung dienende Nuklearwaffe waren grundlegende Zielsetzungen de Gaulles, deren Verwirklichung die Sozialisten immer bekämpft hatten. Unter Mitterrand ist beides weit über die Träume de Gaulles hinaus verwirklicht worden: Mitterrand war ebenso stolz, wie de Gaulle, auf die Armee und deren Einsatz im Ausland. Ueberhaupt war seine Aussenpolitik stets darauf ausgerichtet, Frankreich zu einem der drei oder vier Grossen auf der Welt zu machen. Ganz im Sinne de Gaulles, dem es gelungen war, aus dem im letzten Weltkrieg besiegten und besetzten Land eine der

Siegermächte zu machen. Die Zurückhaltung Deutschlands und das von ihm bei der Wiedervereinigung, zwar gar nicht leichten Herzens, gezeigte Entgegenkommen, erlaubten Mitterand als Gegenleistung die de Gaulle'sche Idee von Frankreich als die entscheidende Macht in Europa, wenigstens dem Schein nach, durchzusetzen.

Europa

An sich steht die Europapolitik Mitterands mit dem Europa der Vaterländer von de Gaulle in einem diametralen Gegen-satz. Allerdings stellt sich die Frage, ob sich Mitterand als gewiegt-ter Polit-Strategie nur deshalb um eine rasche Rea-lisierung einer starken EU, der Währungsunion, einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik bemüht hat, um sich so als der eigentliche Baumeister Europas zu etablieren und aus dieser Stellung heraus letztlich die Interessen Frankreichs auch inner-halb der Europäischen Union besser wahrnehmen zu können (man denke nur an die Landwirtschaftsfragen in den letzten Gattverhandlun-gen, bei denen schliesslich die EU unter fran-zösischem Druck den Amerikanern gegenüber die Forderungen der französischen Bauern verteidigt hatte). Dabei war ihm vor allem daran gelegen, die wirtschaftliche Stärke und damit das effektive Uebergewicht Deutschlands in der EU durch diese ganz allein von ihm usurpierte und schliesslich von allen anderen akzeptierte Rolle des "Monsieur Europe" soweit als möglich zu neutralisieren. Dabei musste er aber ganz genau wissen, dass auch sein "Freund Kohl", wie er ihn zu nennen pflegte, auf jeden Fall aber die Mehrheit der politischen Klasse in Deutschland, ihn nur gewähren liessen, um dank den Franzosen im Europa der Nachkriegszeit ge-wissermassen wieder „salonfähig“ zu werden. Sicher war ihm auch bewusst, dass je weiter der letzte Krieg in der Erinnerung verschwand, die Deutschen diese Schützenhilfe Frankreichs immer weniger brauchen werden .

Deshalb wollte er, gleich wie de Gaulle, das Gleichgewicht innerhalb der EU nicht mehr allein nur mit der so lautstark propagierten deutsch-französischen Zusammenarbeit sicherstellen, sondern suchte diese Garantien in einer Erweiterung der EU und einem zusätzlichen Netz guter Beziehungen Frankreichs zur übrigen Welt .

Wie gut es Mitterrand gelungen ist, sich und damit sein Land, als der loyale und zuverlässige Vermittler in allen Konflikten unserer Zeit zu profilieren, ja sich dazu aufzuwerten, konnte jedermann an der Begräbnisfeier in der Notre Dame in Paris feststellen. Paris ist von Mitterrand wirklich zu einem Treffpunkt der Welt, zu einem Zentrum der friedlichen Beilegung von internationalen Konflikten aufgewertet worden. Jedenfalls hätte das de Gaulle nicht mit der gleichen Eleganz zustande gebracht. Dazu brauchte es eben einen Vollblutpolitiker, einen gewiegten Unterhändler, Kombiniierer und Kenner aller Winkelzüge internationaler Beziehungen. Einen Mann, der in sich geistig und intellektuell so gefestigt war, dass ihn nichts, und unbekümmert von den dazu benützten und oft sehr fragwürdigen Mittel, von den, der Erhaltung des Friedens dienenden Zielsetzungen abzubringen vermochte.

Der Erbe de Gaulles

De Gaulle verkörperte den Widerstandswillen einer Nation und den Glauben an die Zukunft eines aus einander gleichberechtigten souveränen Staaten bestehenden Europas.

Mitterrand hingegen verkörpert ein Volk, den Geist des modernen Franzosen mit all seinen Stärken und Schwächen, der in einem starken, friedlichen und möglichst prosperierenden Europa im guten Einvernehmen mit möglichst allen übrigen Ländern auf

dieser Welt leben möchte. Der bereit ist, dafür einen gewissen Beitrag zu leisten und gewisse Konzessionen zu machen. Sicher aber nicht bereit ist, dafür seine Unabhängigkeit und vor allem seine Eigenart und seine "kleinen Gewohnheiten" aufzugeben: Demokratie ja, aber mit Mass; politische Ideale ja, aber nicht im Extrem; dafür viel Prosperität oder zumindestens genügend soziale Sicherheit auch wenn dafür der „Staat“ in erster Linie zu zahlen hat. Aber neben dem Geld gibt es für den modernen Franzosen noch viele andere Dinge im menschlichen, geistigen, seelischen und kulturellen Bereich, die ebenso wichtig sind. So wie das von Mitterrand mit all den hellen und dunklen Seiten vorgelebt wurde und irgendwie mit einer eisernen Entschlossenheit für sich selber, seine Familien, und das Land, unbekümmert um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen - zu verwirklichen versucht wurde. Für viele Historiker die ideale Ergänzung zu de Gaulle: Beide waren nötig und prägen die jetzt auslaufende Nachkriegperiode in einer, hoffentlich auch für die Zukunft positiven Weise.

Orig.Text 18.Jan.96, publ.Schweizerzeit 9.Febr.96

III.

Die Gefahren der “Globalisierung” nach Davoser Art

Von der Globalisierung der Weltwirtschaft war am diesjährigen Forum in Davos viel die Rede. Auf der Anklagebank als rückständig und nicht genügend weltoffen sass diesmal nicht nur die Schweiz, sondern, mit ihr zusammen, das ganze übrige Westeuropa.

Der alte Kontinent wurde weltweit als nicht mehr konkurrenzfähig bezeichnet; mit seinem übertriebenen, in veralteten Grundsätzen erstarrten sozialen Fürsorgesystem, Millionen von Arbeitslosen, mangelnder Anpassungsfähigkeit besonders auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung in den modernen Spitzentechnologien, sei Westeuropa daran, seine führende Rolle in der Weltwirtschaft zu verlieren: Noch zu sehr national verhaftet, zu wenig flexibel, um den Konkurrenzkampf in einer rasch zusammenwachsenden und „offenen“ Weltwirtschaft bestehen zu können.

Den einfachen Mann von der Strasse erstaunt am meisten, wie selten erkannt wurde, dass hinter all den schönen und moralisch hochstehenden Worten, auch für den Nichtkenner leicht durchschaubar, ganz handfeste Interessen stehen:

1. Den neuen Industrieländern geht es doch im wesentlichen darum, ein Weltwirtschaftsforum wie Davos dazu zu benützen, um die immer noch reichlich auf dem Alten Kontinent vorhandenen Investitionsmittel anzuziehen: Entweder mit dem Lockvogel billiger und immer besser qualifizierter Arbeitskräfte oder dem Hinweis auf rasch wachsende Märkte, die in Zukunft dank einer in diesen Regionen hoch bleibenden („global“ gesehen ungesund hohen) Geburtsrate phänomenale Ausmasse erreichen

könnten.

2. Den grossen, transnational tätigen Unternehmen Europas, besonders auch der Schweiz, kommt der in Davos ausgelöste Rummel um ein mangelndes „Globalisierungs- Bewusstsein“ besonders gelegen. In „weltweiten Dimensionen denken“ bietet ihnen das ideale Alibi für die nunmehr massiv einsetzende Verlegung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Niedriglohnländer und die leider damit einhergehende, zunehmend brutalere Rationalisierung bei sich zu Hause, wo hunderttausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Wie einer unserer Industriekapitäne am Fernsehen sagte, sei das eine Periode der Restrukturierung, die nicht leicht sein werde, die man aber überstehen müsse, wenn nicht eine ganze Reihe von Unternehmen in Konkurs gehen und damit noch mehr Arbeitslose geschaffen werden sollen.

3. Was weder die einen noch die anderen in Davos zu fragen wagten, ist, was mit den ins Ausland, besonders in den Fernen Osten, verlegten Unternehmen passiert: Was geschieht, wenn einmal die Milliarden-Investitionen getätigt sind, mit europäischem „Know-How“ und der für Westeuropa immer noch typischen Arbeitseinstellung ein lebensfähiger, weltweit tätiger Betrieb aufgebaut worden ist?

In vielen dieser Länder besteht das Risiko, dass gewissermassen über Nacht mit Gesetz oder Dekret, mit Schikanen vielfältigster Art, zusätzlichen Steuern, einer geänderten Bewilligungspraxis, mehr oder weniger begründeten Gerichtsverfahren, Währungsmanipulationen und tausend anderen Massnahmen der Einsatz an Arbeit und Geld zunichte gemacht wird. Zudem würde damit eine Konkurrenz grossgezogen, die das transnationale Unternehmen sogar bei sich zu Hause kaputt machen könnte. Die Kehrseite der so vielgerühmten Globalisierung ist eben eine Verflechtung und Unterwanderung, die nicht mehr

kontrolliert werden kann, es sei denn, die Idee Delors eines Welt- Wirtschafts- und Sozial-Sicherheitsrats, als oberstes Kontrollorgan, würde Gestalt annehmen.

4. Auf jeden Fall nicht zu akzeptieren ist, dass gerade diejenigen Länder, die Westeuropa eine noch allzustarke nationale „Verhaftung“ vorwerfen, selber noch viel nationalistischer vorgehen; gleichzeitig von der bereits bestehenden wirtschaftlichen Weltoffenheit Westeuropas, besonders auch eines traditionell seit jeher weltoffenen Landes, wie die Schweiz, rücksichtslos profitieren .

Kein Wunder, dass deshalb heute wieder viel kategorischer die Meinung (wie der französische Wirtschafts- und Sozial-minister Jacques Barrot in Davos) vertreten wird, die Globalisierung, die sicher viel zum Näherrücken von Völker und Länder beizutragen vermöchte, dürfe nicht dazu missbraucht werden, um Bewährtes zum Beispiel auf sozialem, moralischem und menschlichem Gebiet der alles wirtschaftliche Denken beherrschenden Konkurrenzfähigkeit zu opfern. Diejenigen, die uns in Westeuropa wegen unserem sozialen Wohlfahrtssystem eine national bedingte Rückständigkeit vorwerfen, täten vielleicht gut daran, gerade auf sozialem Gebiet zunächst einmal bei sich selber Ordnung zu machen. Damit könnte das bestehende Gefälle bei den Lohnkosten weltweit etwas besser ausgeglichen werden!

Es ist den Organisatoren des Davoser-Forums zugute zu halten, dass sie das Thema aufgegriffen haben. Wenn es ihnen im nächsten Jahr gelingt, Anpassungen auf beiden Seiten, bei den Fanatikern einer stets grösseren Konkurrenzfähigkeit um jeden Preis und den Verfechtern eines sozial gerechteren Wohlfahrtssystems, wenigstens spruchreif zu machen, dann wäre dies ein erster Schritt zu einer weltweit etwas sozialeren Marktwirtschaft: Denn ohne diese kann es keine offene

Weltwirtschaft geben!

Orig.Text 9.Febr. 96 publ. bz 22. Febr. 96

Der Balkan

wie lange noch Spielball der Grossmächte?

Drei Jahre lang wurde in Bosnien verhandelt und vermittelt. Dabei ging das Morden, Plündern und Vertreiben der wehrlosen Bevölkerung weiter. Einzig der UNO und wenigen internationalen Hilfsorganisationen gelang es, das schlimmste Elend zu lindern. Den Worten sollten jetzt Taten, durchgreifende Massnahmen, folgen. Bietet das unter dem Druck der USA in Dayton unterzeichnete Friedensabkommen die richtige Lösung oder fängt damit wieder das alte, von den Grossmächten seit Jahrhunderten auf dem Balkan betriebene Spiel von Neuem an?

Die Lösung von Dayton

Nichts kann das Verhalten der heute für die Geschehnisse auf dem Balkan verantwortlichen Grossmächte besser charakterisieren als die Tatsache, dass drei Jahre lang zugewartet wurde, um endlich militärisch in Bosnien einzugreifen. Wenn auch der eingesetzten internationalen Streitmacht, der IFOR, zugute zu halten ist, dass sie mit beträchtlichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hat, so ist trotzdem nicht einzusehen, warum sie nicht bereits energisch in Sarajewo oder Mostar eingegriffen hat. Anstatt die modernsten ausgerüsteten Truppen einzusetzen, ist der amerikanische Vermittler Holbroke, der sich bereits in Bosnien verabschiedet hatte, aufs neue mobilisiert worden: Natürlich nur zum Verhandeln und Vermitteln! Nach dem Rezept des Golfkriegs, man gewinnt den Krieg, setzt aber den Kriegsverursacher nicht ab. Schafft damit Zündstoff für einen neuen Konflikt.

Wie früher

Ganz im Sinne der während Jahrhunderten von den Grossmächten auf dem Balkan betriebenen Politik mit der man sich

peinlichst davor hütete, die potentiellen Gegner, vor allem die anderen Grossmächte, zu antagonisieren.

Diesem Spiel verdankte es zum Beispiel im 19. Jahrhundert das Ottomanische Imperium, der "kranke Mann am Bosphorus" noch während Jahrzehnten zu überleben und kleinere Balkanvölker, zu denen auch Bosnien gehörte, weiterhin blutig zu knechten. Die Engländer schützten damals die Türken, weil sie die Russen nicht am Bosphorus haben wollten. Den Deutschen unter Bismarck waren die "Balkanesen", wie er sie nannte, ohnehin nicht einen Schuss wert und das Oesterreichisch-Ungarische Kaiserreich wollte seine Besitzungen auf dem Balkan nicht unnötig gefährden.

Die Grossen griffen jeweils nur ein, wenn ihre eigenen Interessen auf dem Spiel waren; es ging ihnen aber primär niemals um den Schutz der einzelnen Balkanvölker. Genau so wenig, wie später nach dem ersten und zweiten Weltkrieg, die Grossmächte bei den, bereits damals unter amerikanischer Regie durchgeführten Grenzziehungen, irgendwelches Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse in sprachlicher, ethnischer und religiöser Beziehung zeigten. Damit haben die Amerikaner nicht nur das mitverschuldet, was heute zum Konflikt in Bosnien und im ehemaligen Jugoslawien, wie auch im übrigen Balkan beigetragen hat, sondern sie sind im Begriff wieder die alten Fehler zu begehen: Ja keinen der Kontrahenten vor Ort, aber auch die übrigen Grossmächte, insbesondere Russland, vor den Kopf stossen.

Den Unterzeichnern des Dayton-Abkommens wird damit nochmals freie Hand gelassen, ihr bisheriges Spiel fortzuführen. Als ob es Clinton nur darum ging, sich im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen als der starke Mann der Aussenpolitik zu profilieren, die Nato unter seiner Leitung etwas aufzupolieren und die EU wieder besser an die USA anzubinden.

Den massgebenden Staaten der EU bietet die Aktion Clintons die günstige Gelegenheit, das bisher angeschlagene Prestige

in der Bosnienfrage einigermaßen, so hofft das wenigstens Chirac, aufzufrischen und mit den Deutschen zusammen den Teil des Maastrichtabkommens in den Vordergrund zu rücken, der mit der gemeinsamen Sicherheitspolitik nach aussen zu tun hat.

Den Russen kann das Chaos in Bosnien nur Recht sein, weil sie damit dem Westen gegenüber weiterhin die Rolle des wohlwollenden Vermittlers und, den Serben gegenüber, den grossen slawischen (neukommunistischen) Bruder spielen können.

Für den weltweit militärisch aktiven Islam ist Bosnien der ideale Brückenkopf des für das nächste Jahrhundert geplanten "come-backs"!

Was dabei in Bosnien mit der armen Zivilbevölkerung passiert, dürfte von zweitrangiger Bedeutung sein.

Die letzte Chance

Im Vergleich zu dem unmöglichen Mandat der UNO-Blauhelme hat die jetzt in Bosnien stationierte Streitmacht wenigstens den Vorteil, dass sie unter dem selbständigen Kommando der Nato steht und im Einverständnis der am Konflikt beteiligten Parteien mit der Aufgabe betraut wurde, die Voraussetzungen für eine Friedensordnung zu schaffen. Bei der Wiederaufnahme seiner Vermittlerrolle erklärte Holbroke, dass daran nichts geändert werde. Die in der Nato und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) massgebenden Staaten hätten es somit jetzt in der Hand, eine Reihe energischer Massnahmen zu treffen, ohne die es keinen Frieden in Bosnien geben kann und so die letzte Chance verpasst werden dürfte. Stichwortartig könnte es sich um folgende dringliche Massnahmen handeln:

1. Eine vollständig undurchlässige Abriegelung von Bosnien

innerhalb der jetzt festgelegten Grenzen gegenüber allen Nachbarn: Kroatien, Slowenien, Serbien, Montenegro. Also einschliesslich der kroatischen, bosnoserbischen und islamischen Bevölkerungsteile.

2. Vollständige Entwaffnung aller offiziellen Truppen, Polizisten sowie der verschiedenartigen anderen Miliz- und Kampfgruppen der einzelnen Bevölkerungsteile. An ihre Stelle hätte eine einheitliche internationale Polizeitruppe (ähnlich wie es die Amerikaner in Haiti getan haben) zu treten, die für Ruhe und Ordnung, insbesondere für den Schutz der Zivilbevölkerung, zu sorgen hätte und die dem IFOR-Kommando zu unterstellen wäre.

3. Ein wirtschaftliches Soforthilfe-Programm, um die schlimmste Not zu lindern und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu schaffen.

4. Erst wenn die Phasen 1-3 einigermaßen operativ geworden sind, könnte die Regelung der ethnisch/religiösen Probleme gleichzeitig mit der entsprechenden Grenzziehung an die Hand genommen werden. Alle heute faktisch vorhandenen oder in Dayton beschlossenen noch so ausgeklügelten Grenzziehungen sind wertlos, solange nicht eine einigermaßen und für alle Beteiligten akzeptable Entflechtung der verschiedenen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen stattgefunden hat.

Diese Entflechtung kann nur auf Grund einer Abstimmung in Angriff genommen werden, bei welcher jeder Einwohner frei und ungefährdet sagen kann, zu welchem Volksteil, welcher religiösen und welcher Sprachgruppe er sich zählt und wo er wohnen möchte. Eine sehr schwierige Aufgabe, die nur lösbar ist, wenn alle Waffengewalt, jede Einschüchterung von der IFOR verhindert wird und die OSZE eine neutrale Abstimmung garantiert.

5. Natürlich wird diese Abstimmung ein ausserordentlich gemischtes und bevölkerungsmässig äusserst bunt zusammengewürfeltes Bild ergeben. Trotzdem sollte es möglich sein, die drei grossen Bevölkerungs-Brocken, wie die Bosniaken, Bosnosern und Bosnokroaten in ihren wesentlichen territorialen Konturen festzulegen, gestützt darauf die Grenzen zu ziehen. Diese so definierten Landesteile als möglichst autonome Gebiete in einem gemeinsamen Staat Bosnien zusammenzufassen: Das muss nicht unbedingt ein Bundesstaat, sollte aber mehr sein als nur ein lockerer Staatenbund.

6. Ein derart bevölkerungsmässig vermischtes, aus hunderten von Enklaven und komplizierten, kaum mehr überblickbaren Grenzen zwischen den einzelnen Volksteilen bestehendes Land kann den Frieden zwischen seinen Einwohnern sicherstellen, wenn nicht nur der Schutz der Minderheiten, sondern die vollständige Gleichberechtigung (insbesondere auch bei der Ausübung des aktiven und passiven Stimmrechts) verfassungsmässige gewährleistet und von den Grossmächten, bzw. einer internationalen Organisation, wie die OSZE, der Europarat, die UNO oder gar die Nato, garantiert wird. Gleichzeitig wäre im Rahmen der Menschenrechtskonvention oder irgend eines anderen internationalen Instruments eine individuelle Klagemöglichkeit bei einem bestehenden oder neu zu schaffenden internationalen Gericht sicherzustellen.

Utopie oder Realität

Die vorstehend, vorläufig skizzierte Lösung muss nicht nur eine Utopie sein. Sie kann, wenn die Grossmächte den politischen Willen haben, eine Realität werden. Eine Realität, die für die grosse, schneller als wir glauben dringend notwendig werdende Lösung für den ganzen Balkan als Beispiel, gewissermassen als Pilotprojekt zu dienen vermöchte.

Keine Lösung in einem der Balkanländer kann von Bestand sein, wenn nicht auf dem ganzen Balkan einigermaßen stabile militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse sichergestellt und die Balkanstaaten, hoffentlich in absehbarer Zeit, zu einem gemeinschaftlichen Ordnung-Machen und Ordnung-Halten veranlasst werden können. Von aussen ist dies auf die Dauer ohnehin nicht möglich, weil es darum geht, zunächst einmal von innen bzw. von den einzelnen Völker-, Sprach- und Religions-Gruppen heraus ein minimales ethnisch/religiöses Gleichgewicht für den ganzen Sub-kontinent zu finden.

Schlussfolgerung

Einmal mehr geht es bei der Regelung des Bosnien-Konflikts nicht einfach nur darum etwas zu tun, um das internationale Gewissen zu beruhigen oder sich in der Weltöffentlichkeit positiv zu profilieren: Auch wenn dabei für einen effektiven Frieden nicht viel herauschaut, Milliardenbeträge und tausende von Soldaten, internationale Funktionäre und hilfsbereite Menschen aus der ganzen Welt eingesetzt werden. Noch so ausgeklügelte Grenzziehungen und die Besetzung des Landes durch eine internationale Streitmacht genügen nicht. Besonders wenn diese Streitmacht nicht bereit zu sein scheint, energisch einzugreifen, sich stattdessen in ein endloses Hin und Her von Verhandlungen einlässt, bei denen der Westen, rein von der Mentalität her, den Serben, Bosniaken und Kroaten ohnehin gar nicht gewachsen ist. Auch das Zückerchen baldiger massiver wirtschaftlicher Hilfe und freier, demokratischer Wahlen wird zwar sicher schamlos ausgenützt werden, vermag aber nur dann stabile Verhältnisse zu schaffen, wenn die Grossmächte wirklich Ruhe und Ordnung im ganzen Land und freie Wahlen zu garantieren vermögen. Dazu ist aber die jetzt eingesetzte Streitmacht viel zu klein! Kenner schätzten diese übrigens, angesichts der Menschen und des Terrains, weit auf über hunderttausend Mann ein, natürlich

bestens ausgerüstet und kampfwillig, versteht sich!

Wenn die Grossmächte glauben, mit den jetzt eingesetzten Mittel Ruhe in Bosnien zu schaffen und den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, dann wird damit nur die seit dem Berliner-Kongress 1878 angewandte Taktik fortgesetzt, kann deshalb aufs neue nur in einer Sackgasse enden: Eine Sackgasse, die schon seit Jahrhunderten für das Schlamassel auf dem Balkan verantwortlich ist.

Orig.Text vom 12. Febr. 96, publ. Schweizerzeit 1.März 96

Wie sehr gefährdet Novartis den Standort Schweiz? __ Wirtschaftlich und Sozial

Vielleicht wäre es ehrlicher gewesen, zu sagen, mit der Megafusion Novartis werde in erster Linie eine Eroberung der Märkte und nicht eine Aufwertung des Wirtschaftsstandorts Schweiz bezweckt. Beides gehört nämlich nicht unbedingt zueinander:

Eine Beherrschung der Märkte setzt einen erbitterten Kampf um den ersten Platz voraus. Auf diesem Niveau kann man sich nicht mit noch so grossen Marktanteilen begnügen: Entweder man gewinnt diesen Kampf, wenn möglich allein, oder man muss sich mit dem oder den Grössten im Ausland zusammentun. Durch den gemeinsamen Einstieg Ciba-Geigy und Sandoz in den Kampf zur Beherrschung der Weltmärkte ist somit zwangsläufig eine weitere, noch grössere Megafusion im Ausland vorprogrammiert. Die Gefahr, dass es dabei so geht, wie kurz nach dem letzten Weltkrieg mit Nestlé oder neuerdings mit ABB, ist gross, auch wenn die neuen Supermanager sicher das Kaliber haben, das Steuer in ihrer Richtung halten. Auf jeden Fall wäre Daniel Vasella mehr Glück als dem kürzlich von den Schweden ausgetretenen David de Pury zu wünschen.

Aber auch wenn Novartis die Wette gelingt, in Leitung und Konzernsitz schweizerisch zu bleiben, wächst sie doch weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Je grösser und stärker, desto geringer wird die Verbindung und die Identifikation zum Wirtschaftsstandort Schweiz.

Das ist ein unwandelbares Gesetz weltweiter Grösse. Zum Ueberleben und zum an der Spitze bleiben wird sich Novartis auch politisch mit den massgebenden Staaten und Staatengruppen, den entscheidenden Kräften unserer extrem globalisierten Welt,

zu identifizieren haben: Die direkten Interessen in und an der Schweiz werden unweigerlich weit in die Minderheit absinken. Darunter wird der Wirtschaftsstandort Schweiz, nicht zuletzt aber auch Basel und Umgebung sowie weite Teile der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes unseres Landes leiden: Nicht sofort, aber rascher als man glaubt!

Auf dem Weg zur Beherrschung der Weltmärkte wird Novartis - als ein vollausgewachsenes Transnationales Unternehmen - in einem noch viel grösseren Ausmass als dies bisher von der Ciba und insbesondere von Sandoz getan wurde, weiter rationalisieren und die Forschung bzw. die Bereitstellung ganz neuartiger Produkte vorantreiben müssen. Das heisst ein noch radikalerer Abbau aller die Konkurrenzfähigkeit belastender Sozialkosten, damit auch Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch eine noch extremere Automatisierung und Informatisierung der Produktions- und Vermarktungsabläufe. In der Forschung werden die durch die Fusion zusammengetragenen Milliarden von Franken weniger zur Eigenforschung benützt werden, sondern in einem rasch wachsenden Ausmass zum weltweiten Abkaufen und Aufkaufen innovativ tätiger Unternehmen, bei denen es sich durchaus auch um grössere Firmen und Gruppen von Firmen handeln kann. Wichtig sind deren innovative Forschungsergebnisse, der Rest wird wegrationalisiert.

Weltweit zeigt sich, dass es letztlich billiger und weniger risikobelastet ist, solche Ergebnisse zu kaufen bzw. mit Firmenübernahmen zu erwerben als selber zu entwickeln.

Eine solche Politik kann rasch zum „Boomerang“ werden: Je weniger man selber forscht und entwickelt, desto anfälliger wird man gegenüber den Unternehmen und Ländern, die das noch tun, also noch selber über das dazu notwendige Forschungspotential an Menschen, Wissen und Können, Einrichtungen und Ausbildungsstätten verfügen. Hier die kriti-

sche Grenze zu finden, die nicht unterschritten werden darf, wird wohl die schwierigste Aufgabe der Novartis-Manager sein.

Dabei ist gar nicht gesagt, dass die schlussendlich von ihnen gewählte unterste Grenze des Forschungspotentials in der Schweiz wirklich auch für das wirtschaftliche Ueberleben unseres Landes genügt. Es ist leider sehr zu befürchten, diese Grenze werde sich proportional zur zunehmenden weltweiten Bedeutung von Novartis zum Nachteil der Schweiz nach unten verschieben!

Schliesslich ist die Frage zu stellen, ob langfristig gesehen nicht der Denkfehler begangen wurde, einfach darüber hinwegzugehen, dass sich Unternehmen eines kleinen Landes, wie die Schweiz, gleich wie in der Politik, vom Kampf der ganz Grossen fernhalten und in weiser Selbstbeschränkung auf das konzentrieren sollten, was wirtschaftlich bisher ihre Stärke war: Besonders qualifizierte, massgeschneiderte und den Bedürfnissen des Abnehmers spezifisch angepasste Produkte und Dienstleistungen, bei denen es immer noch auf die Ingredienz hochstehender und zuverlässiger menschlicher Arbeit ankommt.

Das heisst weniger Automatisierung und Informatisierung, dafür mehr im einzelnen Produkt und Dienstleistung enthaltene menschliche Innovation und Sorgfalt. Anstatt Massen-güter Spezialanfertigungen. Dadurch könnte wieder mehr Menschen eine sinnvolle Arbeit garantiert werden: Bei welcher Sozial- und andere Kosten weniger ins Gewicht fallen und deshalb ruhig die heute von den Verhältnissen auf unserer Welt notwendig gemachte Höhe erreichen dürfen.

Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass es bei der Megafusion von Ciba und Sandoz in erster Linie um den Aufbau

eines neuen "Wirtschafts - Imperiums" geht, als ob es deren nicht schon genug gäbe. Zudem als eine Art "Abschiedsgeschenk" oder "Denkzettel" von Sandoz-Chef Marc Moret an Basel für die ihm anlässlich des grossen Umweltverschmutzungs- Unfalls bei Sandoz von der Bevölkerung zuteil gewordenen Behandlung . Auf jeden Fall ist diese Sucht nach immer grösseren Unternehmens - Imperien etwas, das gar nicht zu unserem Land passt und das sich auf die Dauer nur zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz auswirken kann!

Orig.Text vom 3.März 96, publ. bz 12.Apr.96

Milizarmee nötiger denn je Beste Abwehr gegen neue Gefahren

In einer unruhigen Welt, die von einer Terrorwelle nach der anderen heimgesucht wird, kann die aussere, vor allem die innere Sicherheit eines Landes nur durch die ständige Wachsamkeit und Bereitschaft aller Bürger gewährleistet werden: gewissermassen durch ein „Volk in Waffen“, also eigentlich nichts anderes als das, über was die Schweiz seit Jahrhunderten verfügt: eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Miliz-Armee.

Neuartige Gefahren

Wiederholt wurde während der grossen Terrorwelle des letzten Jahres in Frankreich von behördlicher Seite gesagt, man könne nicht neben jeden öffentlichen Abfallkübel (in welche die Terroristen mit Vorliebe ihre Bomben legten) einen Polizisten stellen. Genau so wenig könnten alle gefährdeten Punkte, sei es die Landesgrenzen, Flugplätze, Untergrund- und Eisenbahnen, Bahnhöfe, öffentliche Plätze und Gebäude, Autobahnen, Strassen, Parkanlagen usw. usf. rund um die Uhr bewacht werden. Dazu habe es (sogar in Frankreich) nicht genügend Polizisten. Deshalb musste mit dem System „Vigie-Pirate“, wie neuerdings auch in England, Deutschland und in anderen Ländern, die Polizei durch die Armee verstärkt werden.

Die moderne, weltumspannende technologisch und wissenschaftlich hochentwickelte, äusserst informatisierte Kriegsführung macht in zunehmendem Ausmass Personal mit qualifizierten Spezialkenntnissen notwendig; dafür weniger Soldaten für den direkten Kampf von Mensch zu Mensch mit allem, was dies beinhaltet: Von der psychischen und physischen Kondition bis zur Bereitschaft zum letzten Einsatz. Natürlich verfügen alle Armeen

über solche Eliteeinheiten. Nur gibt es davon immer weniger, weil die budgetmässig verfügbaren Mannschaftsbestände zum grössten Teil zur Be-dienung der äusserst komplexen Waffen für den Krieg des nächsten Jahrhunderts benötigt werden.

Vorteile des Miliz-Systems

Im letzten Krieg erhielten die schweizerischen Wehrmänner bei der Entlassung aus dem Aktivdienst 60 Stück scharfe Kriegsmunition mit der Weisung, bei einem Ueber-raschungsangriff gegen die fremden Truppen, vor allem Fallschirmspringer oder Vertreter der „fünften Kolonne“, zu schiessen, sich möglichst rasch zu kleinen Kampfeinheiten zu gruppieren. Das war damals möglich, weil jeder Soldat nach Abschluss der Rekrutenschule periodisch sein Pflicht-schiessen absolvieren musste, auf seine Gefechtsbereit-schaft geprüft und regelmässig zum Aktivdienst oder, nach Beendigung des Krieges, zu Wiederholungskursen aufgeboten wurde.

Leider ist dieses System in den letzten Jahren zunehmend verwässert worden. Angeblich weil die Gefahr direkter Kriegshandlungen gegen die Schweiz nicht mehr bestehe, der Aufwand zur Bereithaltung von genügend wehrpflichtigen Bürgern in gefechtsbereitem Zustand in keinem Ver-hältnis zu den damit verbundenen Kosten stehe und die verfügbaren Mittel in erster Linie für die Modernisierung der Armee des 21. Jahrhunderts nötig seien.

Zum Glück setzt sich wieder die Erkenntnis durch, dass zur Bekämpfung der relativ neuartigen Gefahr eines weltweiten Terrors das Miliz-System nach Schweizer Art besonders geeignet sein dürfte. Mit den früher regelmässig und jährlich durchgeführten Wiederholungskursen, hat das schweizerische System, gegenüber der von Chirac vorgesehenen Berufsarmee, den Vorteil, über eine grosse Anzahl von Bürger zu verfügen, die jederzeit einsatzbereit sind: Bei sich zu Hause über eine per-

sönliche, moderne Ausrüstung verfügen und, besonders die jüngeren Jahrgänge, auf dem neuesten Ausbildungsstand, gerade auch zur Bekämpfung jeder Art von Terror, gehalten werden können.

Invasion auf kaltem Wege

Wie notwendig das ist, kann täglich überall festgestellt werden. Hüten wir uns davor, zu glauben, das was andernorts passiert, nicht auch bei uns eintreffen kann.

So wäre es zum Beispiel bei den heutigen Verhältnissen durchaus denkbar, wenn eine weltweit tätige Terroristen-gruppe, oder das organisierte internationale Verbrechen oder sogar einzelne Staaten unter dem Deckmantel privater Firmen oder irgendwelcher Organisationen versuchen würden, durch Drohungen mit chemischen oder nuklearen Waffen oder mittels der Geiselnahme einzelner Personen, einzelner Dörfer, Stadtteile, Regionen, insbesondere auch Schulen und Spitäler die öffentlichen Ordnungshüter und Behörden eines Landes zu blockieren: Durch vorherige Infiltration subversiver Elemente und Mobilisation unzufriedener Randgruppen von Einheimischen und Ausländern, die auch auch in der Schweiz immer zahlreicher werden, das wirtschaftliche und politische Leben zu stören, Unruhe und Panik zu stiften und so die innere Sicherheit des Landes ernsthaft zu gefährden.

So absurd das klingen mag, mancher französische Polizeipräfekt könnte ein Lied davon singen, in wievielen Regionen und Stadtteilen der grossen französischen Agglomerationen die Polizei sich kaum mehr oder nur mit einem grossen Truppenaufmarsch hineinwagt. Wieviele der von ehrlichen Bürgern lancierten Demonstrationen in gefährliche Aufruhr und blutige Auseinandersetzungen ausarten; wie zahlreich die überall im Lande aufgedeckten Waffenlager sind, von denen die Spezialisten vermuten, es handle sich nur um die Spitze eines

Eisbergs.

Fazit

Aehnliche Feststellungen werden in allen europäischen Ländern gemacht. Kein Wunder, dass trotz den Plänen einer ständigen Berufsarmee wiederum Systeme einer allgemeinen Wehrpflicht oder einer Art Bürgerwehr geprüft werden. Umsomehr verwundert, warum gerade in der Schweiz, natürlich unter dem Einfluss der üblichen Armeegegner und weltfremder „Pazifisten“, krampfhaft versucht wird, das ab-zuschaffen, was die anderen Staaten als dringend notwendig erachten und worum sie die Schweiz beneiden.

Ob es je zum hypermodernen „Krieg der Sterne“ kommt, ist zum Glück ungewiss; wird es hoffentlich noch möglichst lange bleiben. Sicher ist aber die zunehmende Gefahr subversiver und offener Terrorwellen. Dabei ist jeder Staat letzten Endes auf sich selber angewiesen. Mehr denn je braucht er deshalb ein, auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebautes Miliz-System. Dieses hätte - gerade auch in der Schweiz - den Vorteil, Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Bürgern, den einzelnen Religionen, Sprachgruppen und Landesteilen, sowie den neu eingebürgerten Ausländern zu festigen. Den Jungen könnte wieder das Gefühl einer Verantwortung und Zugehörigkeit zu einem über ihre rein persönlichen und leider oft sehr materialistischen Interessen hinausgehendem „Ganzen“ geistiger und ideeller Werte gegeben werden. Zudem wäre ein moderner Militärdienst so zu gestalten, dass neben der soldatischen Ausbildung, jeder Dienstpflichtige interessante, auch für das Privatleben brauchbare professionelle Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben kann, was bei der drohenden Arbeitslosigkeit und der Besorgnis vieler Schweizer um ihre Zukunft nur von Vorteil sein kann.

Orig.Text 30.03.96 publ. Schweizerzeit 12.04.96
mit Titel "Milizarmee - nötiger denn je"

VII.

Nur eine Alibi-Uebung

Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU

Wenn die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU nicht nur eine Alibiübung sind, dann hätte der Bundesrat das offizielle Beitrittsgesuch aus dem Jahre 1992 jetzt zurückziehen sollen. Es dürfte dies die einzige Möglichkeit sein, eine klare politische Grundlage und damit die Chance für eine möglichst geeinte Front hinter den schweizerischen Unterhändlern in Brüssel zu schaffen. In diesem Stadium geht es nicht mehr nur um Lösungen in Sachfragen, sondern um die Glaubwürdigkeit der Standpunkte der beiden Verhandlungspartner.

Glaubwürdigkeit aufwerten

Die Glaubwürdigkeit des Bundesrats könnte mit dem Rück-zug des Beitrittsgesuchs sowohl nach innen als auch nach aussen aufgewertet werden:

Nach innen könnte dem Souverän, insbesondere den Beitrittsgegnern, gezeigt werden, dass es dem Bundesrat mit dem Suchen einer anderen Lösung, als der Beitritt, ernst ist; er bei einem Versagen der Verhandlungen nicht sagen werde, jetzt bleibe eben nichts anderes übrig als sich um den Beitritt zu bemühen.

Nach aussen, bzw. der EU gegenüber würde gezeigt werden, dass der Bundesrat nicht mit sich spielen lässt und dass seine Konzessionen in den bilateralen Verhandlungen wirklich an die Grenze des Annehmbaren gelangt sind. In Brüssel könnte nicht mehr, wie bisher, die Meinung vertreten werden, man müsse hart bleiben, auch wenn dabei die Verhandlungen missraten - unter Umständen sei dies der einzige Weg, die Schweizer beitrittsreif (so der Vizepräsident der EU-Kommission Martin

Bangemann) zu machen.

Neue Wege

Der Rückzug des Beitrittsgesuchs würde die, besonders bei Verhandlungen mit mehreren Staaten, wichtige Glaubwürdigkeit der eingenommenen Standpunkte wieder wirksam werden lassen. Es kann nämlich sowohl der EU als Ganzes als auch den einzelnen Mitgliedstaaten nicht gleichgültig sein, mit der Schweiz in einem vertraglosen Zustand stecken zu bleiben. Im Zentrum von Europa ist unser Land für das Funktionieren der EU genau so wichtig, wie in bestimmten Fragen für einzelne Mitgliedstaaten: So kommt beim freien Personenverkehr, den Transportfragen, der Bekämpfung des internationalen Verbrechertums, subversiver Aktionen usw. usf. sehr oft der Zuverlässigkeit der Institutionen der Schweiz eine entscheidende Bedeutung zu.

Wie wäre es, wenn die Schweiz zum Beispiel auf dem Gebiet der existierenden, mit nahezu 30% Ausländern, äusserst liberalen Einwanderungspolitik die Grenzen sperren oder gar wegen der Behandlung durch die EU Retorsionsmassnahmen ergreifen würde? So wehrlos und unwichtig ist unser Land nämlich gerade im Verhältnis zu Mitgliedstaaten, wie Italien, Spanien oder unsere zwei grossen nördlichen Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann auch nicht!

Auch der EU als Ganzes kann es nicht gleichgültig sein, wenn die bilateralen Verhandlungen erfolglos abgebrochen werden müssten, insbesondere dann wenn ihnen mit dem Rückzug des Beitrittsgesuchs klar gezeigt wurde, dass auf diesem Wege nichts zu holen ist.

EU - Mittel- und Osteuropa und Mittelmeer-Raum

Die EU ist heute bekanntlich mit den schwierigsten Problemen gegenüber einer Reihe von Staaten konfrontiert: Staaten, mit denen zwar ein gegenseitiges Interesse besteht, entweder in bezug auf den grossen Binnenmarkt, oder auf bestimmten Gebieten, wie die wissenschaftliche, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit, in eine enge Verbindung zu treten, die aber, wie die Schweiz, nicht bereit sind Vollmitglieder zu werden oder bei denen, wie den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, die EU nicht gewillt ist, sie als Vollmitglieder aufzunehmen, weil dadurch die bereits à 15 kaum mehr machbare Beschlussfassung (auch bei qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen mit verschiedener Stimmen-gewichtung) noch mehr kompliziert, wenn nicht gar verunmöglicht würde. Bei den inzwischen in Turin eröffneten Verhandlungen betreffend Maastricht II ist diese Notwendigkeit allgemein anerkannt und den Unterhändlern ein entsprechender Auftrag erteilt worden.

Zur Zeit wird eine Lösung eher in Richtung des bereits vor Jahren durch den CDU-Vorsitzenden Schäuble vorgeschlagenen „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ gesucht: Ein starker, kleiner Kern bestehend aus den zwei führenden Ländern Deutschland und Frankreich, um den sich die anderen, jetzt vorhandenen Mitglieder, in einer je nach Sachgebiet variierenden Intensität gruppieren könnten. Das langfristige Ziel eines Ausbaus in Richtung einer Währungsunion, sowie einer gemeinsamen Aussen- und Verteidigungspolitik würde dabei das gleiche bleiben. Nur die Geschwindigkeit, mit welcher diese einzelnen Etappen erreicht werden, wäre individuell den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten anzupassen.

Ideen Ballardurs

Der frühere französische Premierminister Balladur, von dem

neuerdings als einem aussichtsreichen Kandidaten für den im Rahmen von Maastricht II neu zu schaffenden Posten eines ständigen Präsidenten des EU-Ministerrats die Rede ist, hat die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten weiter ausgebaut: Er sprach bereits während seiner Wahlkampagne von weitergehenden über den gegenwärtigen Mitgliederbestand der EU hinausgehenden Kreisen: Kreise, die sich je nach Sachgebiet überlappen oder sogar vollständig identisch sein können, bei denen aber für ein einzelnes Land oder Gruppen von Ländern die Möglichkeit geschaffen werden sollte, permanent oder vorübergehend in Ausstand zu treten. Natürlich führe die Befreiung von gewissen Pflichten auch zum Ausschluss von den entsprechenden Rechten. Je näher der Kreis beim Zentrum sei, desto weniger könne sich ein Land von einer ganzen Reihe grundlegender Pflichten dispensieren lassen; je weiter der Kreis vom Zentrum entfernt sei, um so leichter sei es, Sonderregelungen vorzusehen.

Das ist zwar noch nicht eine Auswahl „à la carte“, wie man sie sich zum Beispiel für die Schweiz wünschen möchte; sie würde aber, so Balladur, genügend Flexibilität bieten, um die EU auf die Mittel- und Osteuropäischen Staaten, aber auch gewisse Länder des Mittelmeerraums (siehe den am 7. April von Chirac vorgeschlagenen Euro-Mittelmeerstaaten Gipfel) auszudehnen. Europa kann es sich nicht leisten, in diesen Gebieten ein Vakuum entstehen zu lassen, das kaum einem Druck der von den Russen wieder in Gang gesetzten wirtschaftlichen Zusammenarbeit ehemaliger Sowjetrepubliken und gewisser Balkanstaaten oder dem Heranrollen eines neuerwachten islamischen Imperialismus, insbesondere im Mittleren Osten und in Nordafrika, zu widerstehen vermöchte. Sowohl Deutschland als auch Frankreich werden deshalb in Turin nichts unversucht lassen, um im Rahmen von Maastricht II eine Lösung zu finden, die ihnen erlauben würde, alle diese Länder an den grossen Binnenmarkt anzubinden ohne

sie zu Vollmitglieder machen zu müssen. In Anbetracht des äusserst empfindlichen Nationalstolzes dieser Länder werden aber, darüber sind sich alle massgebenden Kreise der EU einig, Mittel und Wege zu finden sein, um ein Mitspracherecht einzuräumen und Ausnahmeregelungen zu gewähren.

Freihandelszone oder EWR II?

Die ideale Lösung für das vorstehend geschilderte Problem der EU dürfte eine Freihandelszone sein. Sie hat den Vorteil ohne eine gemeinsame Zollmauer um diese Staaten, somit auch mit viel weniger institutionellen Massnahmen, zu funktionieren. Gerade die jüngsten Erfahrungen im Zusammenhang mit den Importsperrern für britisches Fleisch zeigen, dass man auch innerhalb einer Zollunion nicht ohne Ursprungszeugnisse auskommen vermag. Diese haben bisher zumindest bei der Efta ihre Bewährung bestanden. Eine Freihandelszone (entweder eine neue oder ein Ausbau der Efta) dürfte somit die einfachste Lösung für das Anbinden der Mittel- und Osteuropäischen Staaten und einiger Mittelmeerländer an die EU sein. Im Sinne der von Balladur vorgesehenen Lösung einander überlappender Kreise könnte dies der äusserste Kreis sein.

Schon viel näher beim Zentrum würde sich der vor Jahren von Jacques Delors konzipierte Europäische Wirtschaftsraum (EWR), gewissermassen im System Balladur als zweit-äusserster Kreis, situieren. Neben vielen guten Seiten, hat der EWR einen grossen Nachteil, der schon zur Ablehnung durch das Schweizervolk geführt hat und der bei den noch viel empfindlicheren Mittel- und Osteuropäern auf grossen Widerstand stossen dürfte. Es ist dies die mangelnde Flexibilität, bei gewissen EU-Regelungen permanent oder vorübergehend in Ausstand treten zu können sowie ein praktisch nichtexistierendes Mitspracherecht in bezug auf die von der EU zu übernehmenden Rechtsvorschriften. Wenn hier ein gemeinsames Organ mit eigentlicher Entscheidungsbefugnis

betreffend die Uebnahme der EU-Rechtsvorschriften geschaffen worden wäre, dann hätten sich vielleicht die meisten Efta-Staaten nicht verpflichtet gefühlt, Mitglied der EU zu werden. Mit dem Resultat, dass der EWR, trotz seiner guten Grundidee, heute zu einer dahinsiechenden Organisation geworden ist; die ursprünglichen EU-Staaten in ihrer Beschlussfassung von den Neumitgliedern belastet werden; diese im Endeffekt ohnehin nicht viel zu sagen haben, dafür aber gehörig Geld in die gemeinsame Kasse stecken dürfen.

Wie geht es weiter?

Angesichts der Notwendigkeit, rasch für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten und den Mittelmeer-Raum eine brauchbare Lösung zu finden, scheinen neuerdings innerhalb der EU die Pragmatiker gegenüber den Dogmatikern die Oberhand zu gewinnen. Es wird von einer Revitalisierung des EWR im Rahmen eines revidierten Maastricht-Abkommens gesprochen. Auch von der Notwendigkeit, mehr Entgegenkommen zu zeigen als seinerzeit der Efta gegenüber. Das während der EWR-Verhandlungen vom schweizerischen Delegationschef Staatssekretär Franz Blankart vorgeschlagene „opting out“, bzw. das Recht permanent oder vorübergehend in Ausstand treten zu können, liegt heute ganz auf dieser Linie. Die Möglichkeit ist nicht ganz auszuschliessen, dass Maastricht II auch zu einem EWR II führen könnte, umsomehr als dieser Tage im französischen Parlament eine Verfassungsänderung vorgeschlagen wird, womit die Ausübung der Souveränität durch keinerlei föderalistische Massnahmen der EU gefährdet werden dürfe!

Ohne sich allzugrosse Illusionen zu machen, sollten in der Schweiz sowohl Befürworter als auch Gegner eines EU-Beitritts diese Auflockerung und die Eventualität eines EWR II im Auge behalten. Der Bundesrat wäre gut beraten, die Atmosphäre

durch einen umgehenden Rückzug des Beitrittsgesuchs aus dem Jahre 1992 zu klären. Allenfalls wäre dabei mit einem Referendum nachzuhelfen. Die Gegner eines EWR in seiner jetzigen Form sollten jetzt die Entwicklung der Dinge abwarten und etwas mehr Verständnis für die bilateralen Verhandlungen zeigen, um den Weg zu einem revidierten, auch für die Schweiz annehmbaren EWR zu ebnen. Die Herren in Brüssel sollten ihrerseits anerkennen, dass sie an einer aktiven Mitarbeit der Schweiz für eine Wiederbelebung der Efta und eines revidierten EWR vor allem zur Lösung ihrer Probleme in Mittel- und Osteuropa sowie im Mittelmeer ein eminentes Interesse haben!

Orig.Text von 8.Apr. 96, publ. Schweizerzeit 26.Apr. 96

Wird der EWR plötzlich wieder eine gute Lösung? Im Zusammenhang mit Maastricht II

Ein neues Stadium in der Schweiz - Europa - Diskussion zeichnet sich ab:

Das kleinere Uebel wäre, jetzt die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU rasch zu einem einigermassen annehmbaren Abschluss zu bringen, um dann eine neue Europa- Strategie zu entwickeln. Gleichzeitig wäre das offizielle Beitritts-gesuch aus dem Jahre 1992 zurückzuziehen. Dieses Vorgehen hätte verschiedene Vorteile:

Die Beitrittsgegner müssten anerkennen, dass es dem Bundesrat mit dem Suchen einer anderen Lösung als der Beitritt ernst ist. Das gäbe die Möglichkeit, wieder eine geschlossene Front hinter den schweizerischen Unterhändlern in Brüssel zu bilden. Das könnte sich nur positiv auswirken. Jedenfalls wäre es für gewisse Kreise der EU nicht mehr möglich, wie bisher, in der Schweiz Beitritts-Befürworter und -Gegner gegeneinander auszuspielen.

Zudem gäbe der Rückzug des Beitritts-gesuchs denjenigen Mitgliedstaaten der EU, die der Schweiz gegenüber positiv gesinnt sind (und davon gibt es mehr als man glaubt), Gelegenheit, erneut darauf hinzuweisen, dass gleich wie für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten auch für unser Land eine besonders angepasste Lösung zu finden sei. Schliesslich handle es sich um ein Land, das im Zentrum Europas liege und auf das auch die EU in vielerlei Hinsicht für ihr Funktionieren angewiesen sei: Abgesehen von den doch beträchtlichen finanziellen Beiträgen, die dabei heraus-schauen könnten.

Neuerdings sind innerhalb der EU, aber auch in der Schweiz, vermehrt Stimmen laut geworden, die einer Wiedererwägung eines Beitritts der Schweiz zum EWR das Wort sprechen. Der

Initiator des EWR-Gedankens, Jacques Delors, war ja schon immer der Auffassung, dass die Schweiz als treibende Kraft der Efta auch die treibende Kraft im EWR hätte sein können...

Das heutige Dahinsiechen dieses Instruments wird in EU-Kreisen vor allem deshalb bedauert, weil sich der EWR, natürlich mit einigen Anpassungen, als die ideale Lösung für den Brückenschlag zu den Mittel- und Osteuropäischen Ländern anbietet. Er ist mehr als eine blosse Freihandels-zone und bietet besonders auf wirtschaftlichem Gebiet eine enge Bindung zur EU, ohne gleich eine Vollmitgliedschaft notwendig zu machen. Damit könnte vermieden werden, die heute ohnehin kaum mehr zu meisternde Beschlussfassung „à 15“ noch mehr zu belasten.

Deutschland, aber auch andere EU- Staaten, haben den Maastricht II Verhandlungen in Turin das Problem der Erweiterung und in diesem Zusammenhang die Frage einer eventuellen Revitalisierung des EWR (so vor allem im Hintergrund Delors) in die Arbeitsagenda vorgemerkt.

Eine der Kernfragen ist dabei, den mittel- und osteuropäischen Staaten in einem entsprechend angepassten EWR-Vertrag ein besseres Mitspracherecht einzuräumen, als dies seinerzeit gegenüber den Efta - Staaten der Fall war: Etwa im Sinne des seinerzeit vom schweizerischen Delegationschef, Staatssekretär Franz Blankart, vorgeschlagenen „opting out“, das irgendwie seinen Niederschlag findet in den Vorschlägen des CDU-Vorsitzenden Schäuble eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten oder sich gegenseitig überlappender Kreise - Vorschlag des ehemaligen französischen Premierministers Edouard Balladur.

Die Verhältnisse haben sich inzwischen allein schon mit Rücksicht auf Russland und die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geändert, die nur darauf lauern, diese mittel- und osteuropäischen Staaten wieder in ihren Griff zu bekommen oder in eine Art Wirtschaftsgemeinschaft (wie sie sich heute

wieder abzeichnet) einzufangen. Zudem ist bei diesen Ländern mehr Rücksicht auf ihren immer noch besonders empfindlichen Nationalstolz zu nehmen als dies seinerzeit der Schweiz gegenüber bei den EWR-Verhandlungen getan wurde. Wenn diese Staaten heute möglichst rasch der EU beitreten möchten, so dürfte diese Begeisterung bei einer länger dauernden Uebergangszeit kaum anhalten.

Für Deutschland aber auch die anderen EU-Nachbarn dieser Staaten ist es deshalb wichtig, kurzfristig eine attraktive und rasch verwirklichtbare Lösung zu finden. Die Meinungen gehen dahin, dass dies ein revitalisierter und neu angepasster EWR sein könnte.

Je nach dem Verlauf der Verhandlungen in Turin inbezug auf die Erweiterung der EU könnte der EWR somit auch für unser Land wieder interessant werden! Auf jeden Fall wäre schwierig einzusehen, warum die EU nicht bereit sein sollte, uns ein gleichwertiges Mitspracherecht, wie den mittel- und osteuropäischen Staaten, einzuräumen.

Schliesslich wäre die Schweiz, im Hinblick auf eine solche Eventualität, nicht schlecht beraten, die bilateralen Verhandlungen möglichst rasch zu einem einigermaßen annehmbaren Abschluss zu bringen. Auch wenn dabei gewisse Konzessionen zu machen wären, die ja ohnehin zum Teil bereits in der Praxis zur Anwendung gelangen bzw. toleriert werden.

Gleichzeitig sollte der Rückzug des Beitrittsgesuchs dazu benützt werden, um der EU mit aller Klarheit zu zeigen, dass wir sowohl inbezug auf die bilateralen Fragen als auch inbezug auf eine Neuregelung des Mitspracherechts im EWR nicht bereit wären, unter gewisse minimale Forderungen zu gehen; gegebenfalls aber ein äusserst nützlicher Partner sein könnten beim Lösen ihrer Erweiterungsprobleme in Mittel- und Osteuropa, insbesondere durch eine intensive Mitarbeit bei einer Revitalisierung der Efta und des EWR.

Orig. Text vom 2.Apr. 96, publ. bz 10.Mai 96.

Humanitäre Aktionen müssen geschützt werden **Zum Tod von drei Schweizer-Rotkreuzhelfer**

Das Gedächtnis unserer Zeit ist sehr kurz: Vergessen sind Ruanda, wo tausende hilfloser Menschen hingemetzelt wurden. Vergessen alle die Opfer in Bosnien und überall auf der Welt.

Fast ebenso rasch vergessen sind die Opfer der Menschen, die sich zu tausenden selbstlos und mutig, in ständigem Einsatz unter den unmöglichsten Bedingungen darum be-mühen, humanitäre Hilfe bringen. So ist auch schon der 4.Juni 1996 verblasst, an dem drei Schweizer Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Burundi den Tod fanden. Ein Tod, der hätte vermieden werden können: Nicht etwa nur weil der Rückzugsbefehl zu spät kam, sondern weil man nach wie vor, vornehmlich aus hochdiplomatischen Ueberlegungen, in Genf nicht wahrhaben will, dass nirgendwo auf dieser Welt humanitäre Hilfe ohne einen permanenten, wirksamen militärischen Schutz möglich ist.

Auf diese Erkenntnis wurde bereits am 27. April 1993 im Zusammenhang mit Bosnien hingewiesen. Die Argumente sind immer noch die gleichen:

Die grossen Staaten und Internationalen Organisationen sind nicht in der Lage, unabhängig von politischen Ueberlegungen, humanitäre Aktionen zu schützen. Wie lange brauchte es, um endlich etwas für Bosnien zu tun. Dabei steht bei dem Abkommen von Dayton der Schutz humanitärer Aktionen gar nicht im Vordergrund. Es ging um eine politische Lösung, von der heute jeder weiss, dass sie kaum von Dauer sein kann. Das Morden der hilflosen Zivilbevölkerungen könnte morgen wieder losgehen. Und so ist es überall. Nachdem Mitterand

seinen „éclat“, seine Schau, in Ruanda gemacht hatte, sind die Franzosen wieder abgezogen. Und das Morden geht weiter. Solche Beispiele gäbe es noch viele - bald ist keine Ecke unserer Welt davon verschont.

Der internationalen Staaten-Gemeinschaft, aber auch den grossen Politischen Organisationen, wie die UNO, die Nato, die OSZE, die EU, sind die Hände aus völkerrechtlichen Gründen und politischen Rücksichten gebunden. „Der militärische Schutz der Zivilbevölkerung sei ein Eingriff in innerstaatliche Verhältnisse“ wird uns Ende des 20. Jahrhunderts, trotz einer von den meisten Staaten unterzeichneten Menschenrechtskonvention, an den Kopf geworfen. Nicht einmal die 60 000 Mann starke IFOR im ehemaligen Jugoslawien darf reine Sicherheitsaktionen zum Schutze der Zivilbevölkerung durchführen. Das sei Sache der Polizei - welcher oder was für einer Polizei fragt man sich zu Recht.

Wie dem auch sei, die Situation ist nach wie vor beschämend! Wann endlich wird die internationale Staatengemeinschaft erkennen, dass humanitäre Hilfsaktionen dringend einen wirksamen militärischen Schutz benötigen. Dazu braucht es ein international anerkanntes neutrales Schutz-Korps, das unabhängig von irgendwelchen politischen, diplomatischen und anderen Ueberlegungen, berechtigt sein sollte, jedesmal dann einzugreifen, wenn es um den Schutz einer international anerkannten Hilfsaktion geht.

Anfangs 1993, als es um die Erhaltung der Schweizer Armee ging, gaben sich viele Schweizer der Hoffnung hin, gleich wie seinerzeit die Rotkreuz-Idee in unserem Lande entstand, könnte für das nächste Jahrtausend eine neue Rotkreuz-Idee geboren werden: Ein neutrales, unabhängiges, apolitisches Rotkreuz-Korps zum Schutze humanitärer Aktionen, vielleicht später einmal zum Hüter der minimalsten Menschen-rechte. Eine starke

Schweizerarmee könnte zusammen mit allen anderen Staaten, die an die Rotkreuz-Idee glauben, entsprechend ausgebildete Eliteeinheiten zur Verfügung stellen.

Als Utopie wurde damals diese Idee von der obersten IKRK-Leitung, ihrem Präsidenten Cornelio Sommaruga höchstpersönlich, abgelehnt. Zudem sei sie unvereinbar mit dem apolitischen und neutralen Statut des IKRK. Die Gegenfrage dazu wäre, zu was denn dieses Statut überhaupt noch nützlich sei, wenn die humanitären Aktionen immer mehr in eine Sackgasse geraten und die Rotkreuz-Helfer schutzlos dahingemordet werden?

Ein unabhängiges Rotkreuz-Korps hätte beispielsweise gegenüber einer IFOR den Vorteil, dass es sich um eine permanente Institution handeln würde. Natürlich müsste diese von der Staatengemeinschaft und den grossen Internationalen Organisationen anerkannt und ausdrücklich mit dieser Aufgabe betraut werden. Ihr apolitischer Charakter würde darin bestehen, dass sie das Recht hätte jederzeit, und ohne irgend eine vorherige Ermächtigung im Einzelfall, zum Schutze einer ebenfalls anerkannten humanitären Aktion, wie zum Beispiel diejenigen des IKRK, tätig zu werden.

Mit der Zeit könnte diese Korps den gleichen Grad der Anerkennung als politisch neutral erreichen, wie das IKRK. Besonders wenn es gelingt die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf humanitärem Gebiet zu fördern und zu festigen. Dazu bräuchte es einen besseren, weniger politisierten Zusammenhalt zwischen den bestehenden nationalen Rotkreuzorganisationen. Staaten, die eine solche Zusammenarbeit ablehnen, sollte humanitäre Hilfe nur gewährt werden, wenn sie im Einzelfall ausdrücklich die Präsenz des Rotkreuz Korps akzeptieren.

Wenn der 4. Juni 1996 von der Schweiz zum Anlass genommen

würde, ernsthaft die Idee eines permanenten, unabhängigen Rotkreuz- Schutz Korps, eventuell im Rahmen der OSZE unter dem Vorsitz von Bundesrat Flavio Cotti, zu lancieren, dann wäre dies eine würdige Aktion zum Gedenken an all diejenigen humanitären Helfer, die in den letzten Jahren weltweit zu tausenden im Dienste der Rotkreuz-Idee gefallen sind...

Orig.Text 13.Juni 96, publ. bz 13.Juli 96

Unsere Ja- und Nein-Sager : Wer ist wirklich was?

Antwort auf Frank A. Meyer im Sonntagsblick

Unlängst wurde uns brutal ins Gesicht geworfen, die Schweiz sei depressiv, auf dem besten Wege zum Selbstmord.

Die Diagnose sei klar: Weil die Schweizer zu allem Nein sagen, angefangen von den Blauhelmen, dem freien Personenverkehr, der von Brüssel geforderten Zulassung von 40-Tonnen Lastwagen, ganz allgemein zur EU und zur Uno, sagen sie auch Nein zu sich selbst (so nachzulesen in der Kolumne von Frank A. Meyer im Sonntags-Blick vom 30. Juni 1996). Nachgedoppelt wurde in einer Fernsehsendung über die Armee, wonach die Schweiz nur überleben könne, wenn sie in ein europäisches Sicherheitssystem integriert werde. Wir müssten dann nicht mehr, so Meyer, die heute uns Mühe machenden Entscheidungen treffen; die anderen würden dann sagen, wieviele Panzer, was für Waffengattungen und wieviele Soldaten wir haben dürfen und wie wir sie einzusetzen hätten.

Konfrontiert mit solchen Meinungen kann man verständlicherweise depressiv werden. Die Frage ist nur: Wer? Die angeprangerten Neinsager oder die Vertreter solcher Meinungen. Bei näherem Zusehen dürften es vielleicht eher sie sein, die von den Interessen der Schweiz aus gesehen falsch liegen. Dazu einige Beispiele.

Bei dem, weltweit gesehen, grössten prozentualen Anteil von Ausländern, bei einer rasch wachsenden Arbeitslosigkeit, einer allzu freiheitlich gehandhabten und deshalb stark missbrauchten Ausländerregelung sollte es eigentlich jedermann einleuchten, dass auch die Schweiz den Ausländer-Zustrom massiv abbremsen muss. Für die Schweiz stellt sich auch noch die Frage, ob es

wirklich der humanitären Grundlage des Asylrechts entspräche, den Forderungen von Brüssel nachzugeben, das heisst die EU-Angehörigen zum Nachteil derjenigen Völker und Länder zu privilegieren, für deren Angehörige die Zuflucht zu uns der einzige Weg zu einem menschenwürdigen Dasein ist. Nicht nur blosser Geldverdienst.

Ein kategorisches Nein zu den Forderungen aus Brüssel wäre letztlich ein ebenso entschiedenes Ja zur humanitären Tradition der Schweiz.

Kürzlich bekanntgegebene Untersuchungen zeigen, dass die für die ganze Welt gefährliche Luftverschmutzung (Ozon-loch) in erster Linie auf den Lastwagenverkehr (Diesel-antrieb) zurückzuführen ist. Zudem ist in den Alpentälern die Zirkulation der Luft schwieriger und damit die Luftverschmutzung gefährlicher.

Nein zu noch mehr EU Lastwagen-Verkehr ist ein Ja zu einer umweltfreundlichen, qualitativ lebensfähigen Schweiz. Zudem ist die Bereitschaft, mit äusserst kostspieligen Tunnelbauten die Verlegung des EU- Güterverkehrs von der Strasse auf die Bahn zu ermöglichen, ein weit in die Zukunft blickendes Ja zu Europa...

Unser Land in ein europäisches bzw. westliches Sicherheitssystem einbinden zu wollen, entspricht sicher nicht den Realitäten. Zu was die Nato-Bürokratie fähig ist, haben wir in Bosnien gesehen. Vor allem aber, und der bekannte Militär-Publizist Däniker hat dies an der besagten Fernsehsendung deutlich gesagt, sind die Bedürfnisse heute anders. Es gehe um den Schutz der Inneren Sicherheit eines Landes vor neuartigen Gefahren, wie das weltweit organisierte Verbrechertum, Subversive Aktionen, Terrorismus, Aufruhr und soziale Wirren usw. Dazu eigne sich eine Miliz-Armee am besten, weil sie jederzeit landesweit einsatzbereit sei.

Zur europäischen Integration unserer Armee Nein zu sagen, ist

somit ein Ja zu einer bewährten schweizerischen Tradition, die nur in eigener Autonomie erhalten werden kann.

Mit Recht stellt Frank A. Meyer die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund. Diese werden aber weder bei uns noch bei anderen Ländern durch eine Art Resignation, Pessimismus und mangelndem Selbstvertrauen verursacht. Vielmehr ist es der grundlegende Strukturwandel unserer Industriegesellschaft: Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt, welcher mit der in den letzten Jahren explosionsartig entwickelten modernen Informatik (Digitalik) und einer weltumspannenden Kommunikation so kombiniert wurde, dass die menschliche Arbeit in ihrer bisherigen Form überflüssig wird. Zudem macht die „Globalisierung“ der Wirtschaft riesige Investitionen notwendig, führt zu erbitterten Konkurrenzkämpfen, brutalen Rationalisierungs-Massnahmen und dementsprechend hohen Arbeitslosenzahlen.

Diese Probleme stellen sich noch viel akuter in der EU. Als Mitglied würden unsere eigenen Probleme um ein Vielfaches verschärft werden. Umsomehr als Chirac am G 7 - Gipfel trotz all der offiziellen Erklärungen zugunsten kollektiver Aktionen ziemlich deutlich zu verstehen gab, jedes Land müsse natürlich zuerst für sich selber sorgen... Ein Nein zur EU bedeutet unter diesen Perspektiven ein Ja zur Schweiz: Zeit gewinnen, versuchen mit viel Innovation und Unternehmergeist, in gleichwertiger Partnerschaft mit anderen Ländern auf der Welt etwas besseren Chancen zum Überleben zu schaffen. Bereits zeigen sich Ansätze, wie z.B. das Internet, die zu einer Wiederaufwertung der individuellen menschlichen Arbeit führen könnten. Das war schon immer eine Stärke unseres Landes. Aus dem heutigen Pessimismus könnte für die Standhaften und fortschrittlich Denkenden wieder ein Ja zum Mensch als Individuum in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik werden.

Wo kann sich der Mensch als Individuum besser entwickeln, als in einer direkten Demokratie. Ein Ja zu direkter Demokratie ist aber nicht ein Nein zu Europa, sondern nur ein Nein zu der supranational aufgebauten EU. Die gegenwärtig harten Verhandlungen innerhalb der EU im Zusammenhang mit Maastricht zeigen, dass die Neinsager in der Schweiz nicht so falsch lagen als sie 1992 den über den EWR in die EU drängenden Ja-sager ein deutliches Nein entgegenstellten.

Das ewige Ja sagen zu all dem, was die Schweiz in Frage stellt, ist sicher ein Nein zu unserem Lande: Auf jeden Fall ein Nein zu sich selber als Schweizer, etwa nach dem Muster in Sevilla „Suiza non existe „!

Orig. Text vom 7. Juli 96, publ. bz vom 14. Aug. 96

EU-Beitritt: Dem Volk das erste und letzte Wort
Antwort auf Prof. René Rhinow

Der Baselbieter Staatsrechtler und Ständerat Prof. René Rhinow vertrat in seinem "Standpunkt" (bz vom 17. Juli) die Meinung, im demokratischen Prozess habe das Volk "das letzte nicht das erste Wort". Deshalb betrachte er die Volks-initiative "EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk" als "zu-tiefst undemokratisch" und werde sie ablehnen. Für diese klare Stellungnahme ist Rhinow zu danken; er weist damit auf ein Problem, das noch gründlich zu diskutieren wäre. Seinen in vielem zutreffenden Argumenten wäre aber verschiedenes entgegenzuhalten.

Bei normalen wischenstaatlichen Verhandlungen ist bei ihrem Beginn das Endprodukt in keiner Weise vorgezeichnet. Es geht darum, für ein konkretes Problem eine für beide Teile annehmbare Lösung zu finden. In diesen Fällen - und sie machen die grosse Mehrheit zwischenstaatlicher Ab-kommen aus - hat Prof. Rhinow völlig Recht, erst bei Vorliegen der konkreten Ergebnisse vor das Volk zu gehen.

Bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU geht es um etwas ganz anderes: Die EU ist in ihrer Struktur und den Verpflichtungen, die sie für jedes Mitglied beinhaltet, bis ins kleinste Detail bekannt. Von den EWR-, den Gatt- und den bilateralen Verhandlungen her kennen wir diese Verpflichtungen zur Genüge. Zudem sind sie, wie beim Beitritt zu einem Klub, vollumfänglich anzunehmen .

Auf jeden Fall wissen wir schon heute, und die Herren aus Brüssel haben uns das bis zum Ueberdruss eingehämmert, dass im Falle eines Beitritts die auszuhandelnden Modalitäten nichts an den grundlegenden, für die Existenz der EU wesentlichen Mitglieder-Verpflichtungen ändern dürfen: die EU als ein

supranationales Gebilde dürfe in keiner Weise angetastet werden. Ausserdem wäre die EU nicht in der Lage, der Schweiz irgendwelche Konzessionen zur Wahrung ihrer geltenden Verfassungsordnung zu machen.

Es besteht also da von Anfang an ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen zwei voneinander völlig abweichender Rechtsordnungen: zwischen der schweizerischen Rechtsordnung einer direkten Demokratie und der supranational aufgebauten EU. An dieser Tatsache führt auch der Weg noch so ausgeklügelter Anwendungsmodalitäten nicht vorbei.

All das wissen wir bereits heute, haben es beim EWR erfahren und erleben es heute bei den bilateralen Verhandlungen. Es wäre deshalb sinnlos, den Abschluss der Verhandlungen über die Beitritts-Modalitäten abzuwarten um entscheiden zu können, ob, eben als letzter Schritt, damit vor das Volk zu gehen wäre. Wir, das heisst das Stimmvolk, könnten schon heute "en connaissance de cause" entscheiden.

Es bleibt noch die Möglichkeit, dass die laufenden Neuverhandlungen der Maastricht-Verträge einen umfassenden Abbau der Supranationalität zu Tage fördern. Ganz unwahrscheinlich ist das nicht, aber "de facto" würde sich ein solcher Abbau, wenn überhaupt, nur zum Vorteil der Grossen in der EU, "de jure" (auf dem Papier) für die Kleinen, aber sicher überhaupt nicht für "Spätlinge" wie die Schwei, auswirken. Also auch hier können wir bereits heute, weitgehend in Kenntnis der Tatsachen, davon ausgehen, dass wenig Aussichten bestehen, bei allfälligen Beitrittsverhandlungen eine für uns annehmbare Lösung für die Wahrung unserer verfassungsmässigen Ordnung auszuhandeln zu können.

Unter diesen Umständen muss man sich schon allen Ernstes fragen, wozu denn solche Verhandlungen in Gang zu set-

zen seien. Wie dem auch sei, kann dem Stimmvolk nicht das Recht abgesprochen werden, darüber im Sinne eines Vorentscheids abzustimmen und nicht erst wenn wir mit dem "fait accompli" eines umfangreichen Pakets Hunderter von Anwendungsbestimmungen und Modalitäten eines Beitrittsabkommens und all dessen noch viel voluminöseren, schwer überblickbaren Anhängen konfrontiert sind. Umso-mehr als es sich um ein Paket handeln würde, das wie beim EWR, entweder als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen, dessen einzelne Bestimmungen aber nicht mehr negoziabel wären.

Wenn die wahre Demokratie auch in der Schweiz "die Regierung für das Volk und durch das Volk" ist, dann sollte das Volk auch das Recht haben zu entscheiden, ob es überhaupt bereit ist, auf solche Verhandlungen einzutreten. Gleichzeitig wäre dem Volk für den Fall, dass es ja sagt, ein klares Verhandlungsmandat zur Genehmigung zu unterbreiten. Dies würde keineswegs die Tätigkeit der Unterhändler lähmen, sondern die Glaubwürdigkeit ihrer Verhandlungspositionen stärken. In multilateralen Verhandlungen ist diese Transparenz entscheidend. Sie allein ermöglicht das gemeinsame, ehrliche Suchen einer für alle Parteien annehmbaren Lösung. Schliesslich gilt es, bei so wichtigen Verhandlungen die alte Bauernregel "Doppelt genäht hält besser" besonders sorgfältig anzuwenden - auch wenn damit dem Stimmvolk das erste und das letzte Wort zugespielt wird. Schliesslich ist es ja immer noch unser oberster Souverän.

Orig. Text, Aug.96 publ. bz 5.Sept.96

Wetterleuchten am EU - Himmel Misserfolge werden zunehmend sichtbar

Nach aussen wirkt zwar die Europäische Union (EU) noch intakt; nach innen zeigen sich aber Risse, ein gewisses „Aus-einanderdriften“ der Regierungen und führenden Kreise, ein deutlich wahrnehmender Hang zur Revolte beim Volk: Weniger gegen die Idee eines geeinten Europas als gegen den überbordenden supranationalen Dirigismus aus Brüssel.

Der Jahrestag der Churchill-Rede vom 19. September 1946 wird deshalb benützt, um der EU neuen Glanz zu verleihen. Churchill sprach zwar weniger von einem supranationalen Gebilde, als einer von unten nach oben gebauten Union freier, souveräner und einander gleichberechtigter Staaten. Gleich wie de Gaulle wusste er, dass die Völker Europas nie bereit sein werden, auf ihre volle Selbstbestimmung, ihre historisch gewachsene Autonomie, zu verzichten.

Die EU versagt

Jeder noch so überzeugte Befürworter eines starken, geeinten und dem Frieden dienenden Europas muss bei einer einigermaßen nüchternen und unparteiischen Beurteilung zugeben, dass das von Schumann und Monnet konzipierte supranationale System auf jeden Fall bisher wirtschaftlich und sozial weitgehend versagt und politisch noch keinerlei Beweis für seine Funktionsfähigkeit erbracht hat. Dazu nur einige Stichworte:

Die erschreckende Arbeitslosigkeit in der EU (fast das doppelte der offiziell zugegebenen 18 Mio) hat in allen europäischen Ländern zu Mutlosigkeit, Elend, soziale Unrast, politische Wirren, Terror und bereits sehr verbreitete Zukunftsangst bei

jung und alt geführt.

Dazu ein stagnierendes Wirtschaftswachstum, trotz dem grossen Binnenmarkt und riesiger Geschäftsgewinne. Eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit in einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft und eine zunehmend massive Abwanderung massgebender Produktions- und Dienstleistungs-Betriebe nach Niedriglohnländern.

Die Illusion mit noch so viel Kompromissen und Schönfärbereien eine wirklich funktionierende, nicht nur von der DM-Mark dominierte Währungsunion herzubringen.

Eine totale Unfähigkeit, die Grundsätze einer einigermassen „freien“ Marktwirtschaft mit den Anforderungen eines, allerdings in den meisten westeuropäischen Ländern übertriebenen „Luxus“- Wohlfahrts- und Sozialstaats in Übereinstimmung zu bringen - deshalb die staatlichen Defizite ein Ausmass erreichen, das eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung überhaupt verunmöglicht.

Schliesslich ist es nicht gelungen die gemeinsame Grenze gegen den illegalen Zustrom von Personen, Waren und Dienstleistungen abzusichern und eine korrekte Einhaltung der zahllosen Gesetze der Gemeinschaft sicherzustellen.

Wiedererwachen nationaler Gefühle

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat nicht nur in bezug auf die weltpolitischen Machtverhältnisse grundlegende Umwälzungen gebracht.

Auch das Verhältnis des einzelnen Menschen zum Staat ist einer Neubesinnung oder besser gesagt einer Wiederbesinnung auf grundsätzliche Werte unterzogen worden: Anstatt sich als Zugehöriger eines übergeordneten Staatsverbands oder einer grossen Völker-Gemeinschaft zu sehen, besinnt sich der ehemalige Sowjetbürger wieder auf seine ursprüngliche und ihm angestammte Gemeinschaft. Die Regionalisierung, die Rückkehr

zu immer kleineren staatlichen Gemeinschaften ist in der ehemaligen Sowjetunion heute genau so an der Tagesordnung, wie überall sonst auf der Welt. Nicht nur im ehemaligen Jugoslawien, wo das Auseinanderfallen Bosniens durch die „freien“ Wahlen vom 14. September nicht verhindert, sondern eher noch akzentuiert worden ist, sondern auch im übrigen Balkan, in den mittel- und osteuropäischen Staaten und neuerdings sogar in fast allen Mitgliedstaaten der EU .

Ueberholter Supranationalismus

Schumann und Monnet hatten die europäischen Gemeinschaften zunächst als vollwertiger Partner der USA in ihrem Machtkampf gegen die Sowjetunion konzipiert. Erst an zweiter Stelle stand die Idee damit einen langdauernden “Friedenskitt” zwischen Deutschland und Frankreich sowie den übrigen westeuropäischen Staaten zu schaffen.

Mit dem Wegfall dieser Zielsetzung, dem wieder entschieden in Erscheinung tretenden Alleingang der USA als die heute einzige Weltmacht, hat auch bei allen Europäern die Rückbesinnung auf ihre ursprüngliche staatliche Gemeinschaft begonnen. Nationale Gefühle stehen wieder im Vordergrund: Weniger als Rechtsextremismus, denn als gesunder und bei zunehmendem Versagen des supranationalen Europas als ein notwendig empfundener Patriotismus. Auch wenn krampfhaft versucht wird, besonders der Jugend einzureden, es gäbe gar keine Zukunft ohne ein geintes Europa, ohne das Aufgehen nationaler und patriotischer Empfindungen in einem von findigen EU-Publizisten zusammengebräuten Eurobewusstsein. Genau so, wie es nicht gelungen ist, einen Sowjetmenschen zu schaffen, genau so wird dies auch in bezug auf einen Euromenschen nicht möglich sein!

Das heisst keineswegs, dass im Sinne Churchills oder de Gaulles, die einzelnen Nationalitäten in Europa nicht zusammenarbeiten und sich zu einer grösseren Gruppe unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit und Selbständigkeit zusammenschliessen könnten: Zusammenschliessen aber nicht das Zusammengefasst-Werden durch eine überstaatliche (supranationale) Institution oder durch einen oder eine kleine Gruppe europäischer Staaten. Letzlich wäre das nicht anderes als das, was Napoleon und Hitler versucht haben nur mit dem Unterschied, dass sie es mit der Waffe in der Hand taten, heute dies dank dem Prinzip der Supranationalität auf „friedlichem bzw. nicht-kriegerischem“ Wege allenfalls noch leichter zu bewerkstelligen sein wird.

Enttäuschte Europäer

Solange den Europäern eingeredet wurde, dass Supra-nationale System sei notwendig, um überhaupt mehrere Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen bringen zu können und dieses gemeinsame Vorgehen wirtschaftliche Prosperität, Soziale Ruhe und Sicherheit nach aussen zu gewähren vermöchte, war mancher bereit es mal zu versuchen, auch wenn er die sich heute als berechtigt erweisenden Zweifel hatte.

Wenn nun heute festgestellt werden muss, dass es zwar für gewisse Kreise viel leichter geworden ist, noch grössere Geschäftsgewinne zu erzielen, handkehrum aber die breite Masse des Volkes eher besorgt in die Zukunft zu schauen hat, dann macht sich eine tiefsitzende Unzufriedenheit breit. Diese hat in den letzten Jahren ihren Niederschlag in einer zusehends wachsende Welle von Autonomiebestrebungen gegenüber der Brüsseler-Bürokratie gefunden.

Beispiel: die Creuse

Zur Illustration dieser Geisteshaltung vieler Europäer seien die „Autonomiebestrebungen“ in der Creuse erwähnt. Die Creuse ist ein kleines Departement im „tiefsten“ Südwesten Frankreichs, in der Nähe von Limoges, mit einer vornehmlich landwirtschaftlichen, seit Beginn des Jahrhunderts um die Hälfte geschrumpften Bevölkerung von heute noch knapp 140'000 Einwohner, die vornehmlich von der Vieh-zucht, etwas Industrie (moderne Elektronik) und qualitativ relativ guten handwerklichen Erzeugnissen lebt. Aus Protest gegen den Zentralismus von Paris und Brüssel sind kürzlich in allen öffentlichen Gebäuden die Statuen der Marianne (Freiheitsheldin der französischen Revolution) mit dem Gesicht gegen die Wand gekehrt worden. Erst wenn der Creuse das Statut einer autonomen Zollfreizone und mehr Selbstverwaltung gewährt wird, werde die Marianne wieder ihr Gesicht zeigen. Und wenn nichts passiere, dann könnte man auch, wie die Korsen und Basken, zu Maschinenpistolen, Handgranaten und Sprengstoff greifen...

Risse in der EU

Diese eher humoristische Episode ist bezeichnend für eine Entwicklung in allen EU-Staaten, die gefährlich für die supra-nationale Idee ist. Angefangen hat es mit der, in dieser Schärfe, erstmals ausgesprochenen Drohung Majors, alle Beschlüsse der EU durch das Veto Grossbritanniens solange zu blockieren, bis eine für sein Land befriedigende Lösung in der Frage des Rinderwahnsinn-Embargos gefunden wird. Seither gehören zur Tagesordnung immer brutalere Demonstrationen der französischen Bauern, der Fischer in Spanien und der Bretagne. Neuerdings die Drohungen der Gewerkschaften mit einem heißen Herbst wegen den in den meisten Mitgliedstaaten vorgesehenen massiven Kürzungen der Sozialleistungen, um die staatlichen Defizite den Anforderungen der Währungsunion anzupassen. Noch bedenklicher sind die Risse, die sich in

der EU von der Spitze her, hinter der nach aussen so hoch gespielten Fassade der Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland, zeigen: So ist Bundeskanzler Kohl von Chirac über die Armee reform erst nach vollendeter Tatsache orientiert worden. In Polen lassen sich beide gegeneinander ausspielen. Jeder geht wieder seinen eigenen Weg, verpasst zudem keine Gelegenheit, mit massiven Kürzungen der Beiträge zum EU-Budget zu drohen. Um diesen „Bruderzwist“ ist es schlimmer bestellt als man, in Erinnerung an die Unterwürfigkeit Mitterands, annimmt. Deshalb müssen der Präsident und der Bundeskanzler immer häufiger vor die Medien treten, um wenigstens nach aussen ihre Eintracht zu bezeugen.

Das Kreuz der EU : die Arbeitslosigkeit

Vor allem enttäuscht und erbost ist die Bevölkerung in allen EU-Staaten über die andauernde und wachsende Arbeitslosigkeit. Das Argument, es handle sich um ein strukturelles und nicht durch mangelndes Wirtschaftswachstum bedingtes Problem zieht nicht mehr. Wenn schon alle Nachteile des grossen Binnenmarkt, insbesondere der steigende Konkurrenzdruck für die kleinen Unternehmen, Gewerbe und Handwerk, sowie steigende Steuern zur Finanzierung des zunehmend kostspieligeren Apparats in Brüssel in Kauf zu nehmen seien, dann sollte doch wenigstens etwas dabei für eine bessere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt heraus schauen. Staatdessen werde dieser Arbeitsmarkt noch durch die Flut legal, insbesondere illegal einreisender und schwarz arbeitender Angehöriger von Drittländern verfälscht.

Die gemeinsame Grenze der EU sei, so ein Bauer aus der Creuse, nichts anderes als ein Emmentalerkäse mit ganz grossen Löchern. Entweder stehlen einem diese Ausländer die wenig verfügbaren Arbeitsplätze durch Dumpinglöhne weg,

belasten die Soziale Fürsorge, sodass für die Einheimischen weniger übrigbleibe, gefährden nicht nur in den grossen städtischen Agglomeratinnen, sondern neuerdings auch auf dem Land die Sicherheit von Leib und Gut der an sich bereits mit Sorgen überhäufteten Bürger. Früher hatte es die eigene Regierung in der Hand, Massnahmen zum Schutze des Arbeitsmarkts zu treffen. Heute würden die Regeln in Brüssel gemacht. Sehr viele Regeln in einer Sprache, die niemand verstehe. Deren Anwendung zudem von niemandem wirklich überwacht werde. Deshalb müsse man selber auf die Strasse gehen, die Lastwagen anhalten und kontrollieren, was alles für Waren aus Drittländern insbesondere dem Osten aber auch dem Balkan und dem Orient illegal nach Frankreich gelangen. Davon habe man nachgerade genug. Wenn die Regierung wegen Brüssel nicht zum Rechten schauen darf, dann werde man es eben selber tun.

Man habe auch genug mit Staaten in der gleichen Gemeinschaft zu sein, die alle Menschenrechte missachten, von der Entwicklungshilfe aus Brüssel, d.h. von den Steuern der anderen Mitgliedstaaten schamlos profitieren und dann auch noch das grosse Wort führen wollen. Da hätten wir Schweizer, so ein befreundeter Bauer aus der Creuse, es besser. Ja, vorausgesetzt unsere Regierung wird von Brüssel aus nicht unter Druck gesetzt, wie das in bezug auf die bei uns bereits so zahlreich zirkulierenden 40 Töner, gleich wie in vielen anderen Dingen, der Fall ist. In dieser Beziehung müssten die Schweizer nicht nur den Bauer aus der Creuse, sondern auch viele ihrer deutschen und österreichischen Freunde, die sie um ihren Alleingang beneiden, enttäuschen!

Aber die Frage steht im Raum: Warum in aller Welt will die Schweizer Regierung, warum drängt es so viele der massgeblichen wirtschaftlichen und politischen Persönlichkeiten in dieses

EU-Gebilde, dessen Funktionsfähigkeit aus den eigenen Reihen ernsthaft in Zweifel gezogen wird ?

Orig. Text 18. Sept. 96, publ. Schweizerzeit 11.Okt.96

Muss denn die Schweiz so schlecht gemacht werden ? Zum Nazi-Raubgold

Seit es die EU und das von ihr hochgejubelte Europäertum gibt, ist für viele an der Schweiz nichts mehr recht. Es wird keine Gelegenheit verpasst, sie zu kritisieren, zu verunglimpfen und lächerlich zu machen. Vorgänge, wie die Nazigold-Affaire, werden weidlich ausgenützt, um die für die Mehrheit der Schweizer noch wichtigen Werte regelrecht „hinzumachen“.

So auch Christoph Gallaz im „Le Matin“ vom 18. September: Die „Helvètes“ von heute würden ebenso wenig von moralischen Grundsätzen inspiriert, wie die Schweiz im letzten Weltkrieg von ihrer Neutralität. Diese sowie unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere guten Dienste für den Frieden und humanitären Aktionen, die Uneinnehmbarkeit unseres Landes mit seinen Alpen und den Patriotismus der Schweizer hätten wir nach aussen hochgespielt. In Wirklichkeit sei die Schweiz nichts anderes gewesen als eine Drehscheibe, eine Schleuse für die verschiedensten Machenschaften der kriegführenden Parteien und den Kontakten zwischen ihnen. Ein vom Konflikt verschontes „Paradies“ im Zentrum Europas, das beiden Kriegsparteien erlaubte, ihren Konflikt noch rücksichtsloser auszutragen. Dank dieser von der Schweiz akzeptierten Rolle habe sie überhaupt überleben können. Diese spezifische „shizophrénie suisse“ sich als autonom zu bezeichnen je mehr man seine Prosperität bei den anderen holt, könnte mit ein Schlüssel zur Nazigold-Affaire sein.

Sicher hatten unsere Behörden im letzten Krieg während der Umzingelung durch die Achsenmächte täglich Fragen zu lösen, die unsere Grundwerte in Frage stellten. Aber zu sagen, wie das auch aus der Deutschschweiz zu hören ist, wir hätten unsere Neutralität versilbert, zu den verschiedensten Machenschaften

Hand geboten, freiwillig oder unter Druck als Hehler für das Nazi-Raubgut gehandelt, geht doch viel zu weit .

Zugegeben, unsichere Verhältnisse schaffen trübe, unklare Situationen. Aber es fehlt nach wie vor der Beweis, dass unsere Regierung wissentlich und gezielt unsere Neutralität verletzt hat. Sehr wahrscheinlich gelangte das Nazi-Raubgut in unser Land durch Mittelsmänner und unter dem Schutz des Bankgeheimnisses. Dieses immer wieder angeprangerte Bankgeheimnis, das ja geschaffen wurde, um Flüchtlingen, insbesondere den Juden in Deutschland, eine Chance zu geben, etwas von ihrem Vermögen den Nazi-Raubzügen zu entziehen. Die Ironie des Schicksals will es, dass das, was ihnen helfen sollte, auch von ihren Verfolger ausgenützt wurde. Das genügt aber noch lange nicht, der Schweiz vorzuwerfen, sie habe sich nicht an ihre verfassungsmässig verankerte Rechtsstaatlichkeit gehalten.

Das gleiche gilt inbezug auf den Vorwurf, unsere bewaffnete Neutralität, auf deren Bewährung viele von uns aus der Aktivzeit her stolz sind, soll nur Vorwand zu einem Doppelspiel gewesen sein: Man habe sich mit beiden Parteien in Machenschaften eingelassen, die klar beweisen, dass unsere Führung nie bereit gewesen wäre, das Land zu verteidigen. Uebrigens wäre die Schweiz dazu gar nicht in der Lage gewesen.

Die Tatsache allein, dass wir nicht in den Konflikt verwickelt worden sind, genügt auf jeden Fall nicht, die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz in Frage zu stellen. Es gibt unzählige Beweise dafür, dass der Wehrwille bei den Behörden und dem Volk vorhanden war, auch wenn damit gerechnet wurde, im Endeffekt geschlagen zu werden. Es ging einfach darum, den Preis des militärischen Aufwands für einen Durchbruch der alliierten Front über die Schweiz durch die seit Mitte der dreissiger

Jahre betriebene militärische Rüstung, insbesondere dem von Gallaz belächelten Alpenreduit, so hoch zu schrauben, dass dann Hitler den Durchbruch über Belgien und die Niederlande vorzog. Kann man wirklich allen Ernstes behaupten, er habe die Schweiz verschont, um sein Raubgut bei uns in Sicherheit zu bringen. Dafür gab es auf der Welt noch viel sicherere Orte, nicht zuletzt im Lager seiner Gegner. Zudem musste er bei der Besetzung der Schweiz mit einer weitgehenden, von uns selber vorbereiteten Verwüstung des Verkehrsnetzes, insbesondere der Alpenverbindung zu seinem wackeligen südlichen Achsenpartner rechnen.

Gewiss kann nicht bestritten werden, dass mit fortschreitendem Krieg die Schweiz vermehrt, insbesondere auf humanitärem Gebiet, die oft sehr schwierige und für den aussenstehenden schwer überblickbare Rolle eines unabhängigen Vermittlers zu spielen hatte. Die Schweiz ist vor dieser Aufgabe im Interesse aller Betroffenen nicht zurückgeschreckt, wenn sie auch heute gerade von den Nutznießern nur mit Undank und Verunglimpfungen belohnt wird.

Das sollte Beweis genug dafür sein, wie Ernst die Rolle eines neutralen, vom Krieg verschonten und dem Frieden dienenden Staat genommen wurde. Dabei ist auch in einem neutralen Staat in den unsicheren Zeiten von Krieg und Chaos, mit Missbräuchen, Erpressung und unlauteren Machenschaften zu rechnen. Zahlreiche Untersuchungen haben aber gezeigt, dass unser Land diese schwierigen Zeit so redlich als möglich überstanden hat. Jedenfalls hat sich unsere bewaffnete Neutralität bewährt, wenn sie auch ihre letzte Probe nicht zu bestehen hatte. Wir sind aber nicht von dieser letzten Probe verschont worden, weil wir uns an den einen oder anderen der kriegführenden Parteien verkauft haben, sondern weil uns beide Parteien, je länger der Krieg dauerte, als unabhängigen Vermittler brauch-

ten. Eine Vermittlung dank der viel Elend und Not, nicht zuletzt auch der jüdischen Flüchtlinge, verhindert werden konnten.

Das sind Tatsachen, die von vielen älteren Schweizern miterlebt worden sind, und für die wir uns nicht in den Dreck ziehen lassen. Trotz den noch nicht näher abgeklärten, sehr wahrscheinlich unerfreulichen Umständen, unter welchen Teile des Nazi-Raubguts in die Schweiz gelangt sind, gibt das niemandem das Recht nun unser Land in Bausch und Bogen zu verurteilen. Man kann diesen Kritikern nur empfehlen, ein von ihnen als so abscheulich empfundenes Land möglichst rasch auf Nimmerwiedersehen zu verlassen.

Orig.Text 23. Sep. 96 publ. bz 2. Nov. 96

Weg von der Strasse - mit oder ohne Brüssel

Kostenwahrheit contra Alpenschutz

In multinationalen Organisationen ist es üblich, unbequeme Fragen durch einen neutral, wissenschaftlich wirkenden Ausdruck, wie die von Brüssel geltend gemachte "Kostenwahrheit" zu ersetzen. So auch in bezug auf die Luftverschmutzung in den Alpen, die durch den rasch wachsenden Nord-Süd-Verkehr von Lastwagen verursacht wird.

Das Thema ist bekannt. Bereits in den 60iger Jahren hatte die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OECE) darauf hingewiesen, dass zum Schutz der Umwelt möglichst rasch der Personen- und Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlegen sei.

In der Schweiz war es der frühere Verkehrsminister, Bundesrat A. Ogi, der sich für eine solche Verlegung beim Transit durch die Schweiz stark machte. Zu diesem Zweck befürwortete er das Projekt einer neuen Alpentransversale für den Bahntransport (Neat). Gleichzeitig verlangte er eine Beschränkung bei der Zulassung der zusehends zahlreicheren, immer schwereren, insbesondere der 40 Tonnen Lastwagen. Damit erregte er den Zorn der Herren in Brüssel, insbesondere des heute noch amtierenden Vizepräsidenten der EG bzw. EU-Kommission, Martin Bangemann. Auch die schweizerischen Befürworter eines Beitritts zum EWR bzw. der EU waren nicht sehr erbaut. Nach dem Nein zum EWR vom Dezember 1992 und dem Ja des Schweizervolkes zur Alpeninitiative von 1994, womit das "Weg von der Strasse" verfassungsmässig verankert und dafür eine Frist von 10 Jahren gesetzt wurde, brach dann im In- und Ausland ein Sturm gegen den Alleingang und die "Rückständigkeit" der Schweiz aus.

Als erste Folge und "um die Schweiz gefügig zu machen" (so Bangemann) wurde das von BR Ogi ausgehandelte, bereits unterzeichnete Verkehrsabkommen erneut in Diskussion gestellt. Das zudem noch im Rahmen der sehr schleppend verlaufenden bilateralen Verhandlungen.

Gestritten wird um die Beschränkung der Transittransporte auf der Strasse, insbesondere der "40 Töner", obwohl der Bundesrat dazu durch die Alpeninitiative verpflichtet ist. Die Bereitschaft der Schweiz stattdessen für viel Geld die Neat zu bauen, damit kapazitätsmässig die Verlegung der Transittransporte auf die Schiene zu ermöglichen, wird von der EU eher als selbstverständlich hingenommen. Zwar wird die Notwendigkeit dazu nicht betritten seit man am eigenen Leibe, besonders in den betroffenen Alpenregionen aber auch in den grossen europäischen städtischen Agglomerationen die gesundheitsschädigenden, aber auch ganz allgemein die Gefahren für die Umwelt (Ozonloch) erfahren hat.

Nach wie vor, und trotz dem Einsatz des für den Verkehr zuständigen EU-Kommissars, Neil Kinnock, zugunsten der schweizerischen Thesen, hat die EU bisher ihre starre Haltung nicht geändert. Sogar der stark verwässerte Vorschlag des Bundesrats, die Verlegung der Transporte nicht durch ein Verbot oder eine Kontingentierung, sondern nur durch eine relativ hohe Schwerverkehrs-Abgabe zu bewirken, ist eher lauwarm aufgenommen worden. Dafür manifestiert man grosses Interesse an der Höhe dieser Abgabe: Diese sei, so Brüssel, den effektiven infrastrukturellen Kosten im Sinne einer vollen "Kostenwahrheit" anzupassen. Zudem sei diese mit den anderen EU-Staaten abzustimmen, damit für die Transporteure kein Anreiz entstehe, die Schweiz zu umfahren.

Verständlich, wenn an die Luftverschmutzung gedacht wird.

Schmunzeln darf aber trotzdem, wer sich daran erinnert, wie sehr Herr Bangemann noch 1990 damit drohte, wenn die Schweiz nicht auf die Forderungen der EU eintrete, riskiere sie, umfahren und verkehrsmässig in Europa isoliert zu werden. Heute ist das offenbar umgekehrt - Brüssel besteht auf eine Art "Gleichberechtigung" bezüglich der Luftverschmutzung: die Schweiz soll davon nicht weniger als die EU-Staaten abbekommen bzw. sie soll nicht durch eine höhere Abgabe den Anreiz zu einer Umfahrung schaffen. Eine solche Zielsetzung macht aber eine auf einem gleichen Nenner harmonisierte Abgabe notwendig. Da auf multilateralem Gebiet der gleiche Nenner meistens auch der niedrigste ist, hätte diese in bezug auf eine Verlegung der Strassentransporte auf die Schiene gar keine oder nur eine eher symbolische Wirkung.

Die heute von der EU verlangte "Kostenwahrheit" im Brüsseler-Jargon bedeutet somit nichts anderes als der Verzicht auf einen raschen und wirksamen Umweltschutz. Erst wenn dann einmal die betroffenen Regionen und Bevölkerungen in den EU-Staaten wirklich genug Luftverschmutzung "einkassiert" und dagegen energisch bei ihren Regierungen protestiert haben, ist zu hoffen, man werde dann auch in Brüssel den Mut finden, den schweizerischen Thesen zu einem "Weg von der Strasse" zuzustimmen und mit ihr für eine moderne, vor allem "saubere" Nord-Süd Verbindung zusammen zu arbeiten.

Bis dahin sollten wir Schweizer im Interesse von ganz Europa hart bleiben, den Lastwagenverkehr, mit oder ohne Brüssel, auf ein ökologisch tragbares Ausmass herabschrauben, die Neat bauen, um dann die Strassentransporte ganz auf die Bahn verlegen zu können. Das wäre eine echte Pioniertat für die Zukunft unseres Kontinents.

Orig.Text 30. Nov. 96 publ. bz 6. Dez. 96

Der Glaube an die Schweiz

In der Unabhängigkeit ist die Zukunft

Vorwürfe von aussen, Vorwürfe von innen. Jeder Vorwand ist dafür gut genug. Im Mittelpunkt steht nach wie vor das Nein zum EWR. Im Ausland macht sich eine negative Stimmung gegen das Land breit. Aus den verschiedensten Motivierungen wird versucht, den Glauben des Schweizer-volks an seine Zukunft durch eine geschickt und breit angelegte Verunglimpfungskampagne zu untergraben.

Die Vorwürfe von aussen

Die Angriffe des Auslands sind zum Teil noch irgendwie verständlich:

Da sind einmal die Neider, die das Verschontsein während zweier Weltkriege immer noch nicht überwunden haben. Unannehmbar ist dabei für sie die heute noch bestehende, im Vergleich zu vielen anderen Ländern, relativ hohe Prosperität, Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Das passe nicht zum Zeitalter erhöhter Solidarität.

Neidisch ist mancher auch auf den starken Franken und den Finanzplatz Schweiz. Die noch keineswegs erwiesenen Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit dem "Nazi-Gold" und den jüdischen Guthaben sind für viele der ideale Anlass, um gegen die Schweiz loszuziehen. Entweder, um daraus politisch Kapital zu schlagen, wie der amerikanische Senator d'Amato, oder um einen solventeren "Schuldner" zu finden, als die Nachfolgestaaten der ehemals in Europa vom Nazi-regime beherrschten Länder, vor allem Deutschland, die mittel- und osteuropäischen Staaten. Dabei wird vergessen, dass es im moder-

nen Völkerrecht Grundsätze inbezug auf die Staatensukzession gibt, die besagen, dass dem Nachfolgestaat nicht nur die Vermögenswerte des Vorgängers, wo immer sie sich befinden, sondern auch die Verantwortung dafür allfälligen Gläubigern gegenüber, zu übertragen sind.

Angesichts der relativen, von vielen stark überschätzten Prosperität der Schweiz hat sich im Ausland der Grundsatz entwickelt "die Schweiz kann und soll zahlen" in allem und jedem. Irgendwie als Solidaritätsgeld für die Verscho-nung durch den Krieg und das nachfolgende Elend. So ist für Brüssel selbstverständlich, dass die Schweiz für neue Alpentransversalen, neue Autobahnen für den in alle Richtungen gehenden "Euro"- Verkehr auf der Strasse und der Schiene, aber auch in der Luft, einschliesslich der damit verbundenen Umweltschutzmassnahmen zu zahlen habe.

Aus den gleichen Ueberlegungen heraus soll sich die Schweiz den Millionen von Arbeitslosen in der EU öffnen, für sie sorgen und die entsprechenden sozialen Kosten übernehmen. Schliesslich zahlen die schweizerischen Konsumenten mit einem starken Schweizerfranken eine Mehrwertsteuer, die etwa 1/3 des Durchschnitts in der EU beträgt. Wir trügen ja auch in keiner Weise an die Kosten des neuen Europas bei, weder an das unheimlich wachsende Budget der EU, noch an die teuren Unterstützungs- und Entwicklungsfonds. Das ist wohl einer der Hauptgründe, warum die Behörden der EU der Schweiz ihren Alleingang vorwerfen. Etwas, um das aber die Schweiz von den Bevölkerungen der EU-Staaten beneidet wird. Auch das ist leider nicht dazu angetan, Sympathien zu schaffen.

In einer globalisierten Welt werden die Mammut-Zusammen-schlüsse der grossen schweizerischen Unternehmen gar nicht gerne gesehen. Eine gefährlich Konkurrenz, die zudem mit ihren

“Restrukturierungen” massenhaft Arbeits-lose ausserhalb der Schweiz schafft. Novartis wird für diese unsympathischen wirtschaftlichen Hegemoniebetreibungen der Schweiz als Beispiel angeprangert

Vorwürfe von innen

Am meisten schadet dem Ansehen der Schweiz, das, was im Lande selber alles negative über die Institutionen, die während Jahrhunderten aufgebauten Werte, insbesondere die Neutralität und die direkte Demokratie, leider nur allzu unüberlegt während dem Abstimmungskampf für den EWR und neuerdings bezüglich dem EU-Beitritt gesagt wird. Wenn die Schweizer selber schon sagen die Neutralität sei überholt, die direkte Demokratie funktioniere ohnehin nicht mehr richtig und die Schweizer würden nur ans “Geld-machen” denke und seien nicht bereit, ihren Teil zum Aufbau Europas zu leisten, dann müsse man das im Aus-land glauben. Im Gegenteil, weil der Mensch in der Regel nur einen Teil von dem zugebe, was wirklich zutreffe, müsse es noch viel schlimmer um das Land bestellt sein. Etwa so wie das der bekannte schweizerische Kolumnist, Frank A. Meyer im “Blick” vom 30.Juni 1996 formulierte, wo er die Schweizer als ein Volk bezeichnete, das zu allem Nein sage; und wer zu allem Nein sage, sage auch zu sich selber Nein. Das führe zu Depressionen, die letztlich im Selbstmord (gemeint ist damit wohl der Alleingang) enden könnten.

Leidet die Schweiz an “Sinistrose”?

Wenn mit Sinistrose eine gewisse Ratlosigkeit, mangelnde Zuversicht und Angst vor einer politisch, wirtschaftlich, sozial, insbesondere menschlich und umweltmässig ungewissen

Zukunft gemeint ist, dann ist davon sicher auch in der Schweiz einiges zu spüren. Aber lange nicht in dem Ausmass, wie in den meisten EU-Staaten. Das haben die letzten Wahlen sogar bei den neuen Mitgliedern Schweden, Finnland und Oesterreich deutlich gezeigt.

Auch die kürzlich erfolgten Interpellationen im europäischen Parlament zeigen, wie sehr diese Sinistrose, die uns von Oswald Spengler in seinem Buch über den "Untergang des Abendlandes" anfangs der 20iger Jahr vorausgesagt wurde, bei den bisherigen EU-Mitgliedern schon sehr grosse Schäden angerichtet hat.

Wer zum Beispiel einige Monate pro Jahr in Frankreich verbringt, der kann bestätigen, dass dort das Fass des Ueberdrusses von der Brüsseler-Technokratie am überlaufen ist. Genau so, wie jetzt auch Schweizer Bauern genug haben von dem "Nachahmen" der noch keineswegs in diesem Ausmass als notwendig erwiesenen Massnahmen zur Eindämmung des Rinderwahnsinns. Ebenso die unverständliche Hast, in vielen anderen Gebieten die schweizerische Gesetzgebung, schon jetzt und ohne irgendwelche Gegenleistungen, EU-konform zu machen.

Wo sind die Probleme?

Sicher ist, dass die Sinistrose bei der Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung nicht durch das Nein zum EWR und der EU verursacht wurden. Eher bei den fanatischen Befürwortern eines Beitritts zur EU zu suchen ist. Bei den anderen Schweizern höchstens als eine gewisse Reaktion auf diesen Fanatismus, sowie das Misstrauen und die Spaltung, die dadurch im Lande geschaffen wurde.

Die ersten Anzeichen der Sinistrose in der Schweiz sind eher

auf eine Art Führungslosigkeit, Unsicherheit und übertriebener Vorsicht von Regierung, Verwaltung, Parlament und der “classe politique” zu suchen.

Es fehlt der Mut, dem Ausland gegenüber wieder eine bestimmtere Haltung einzunehmen. Im Inneren des Landes nicht bei jeder Frage, zusammen mit den Medien, die Stimmbürger gegeneinander auszuspielen, sondern zu versuchen, sie in gut eidgenössischer und demokratischer Art auf eine gemeinsame, für alle Parteien tragbare Lösung zu bringen. Vor allem wieder die Verfassung und die Grundrechte des Souveräns zu respektieren und nicht einfach, wie zum Beispiel in bezug auf die Mitarbeit bei der Nato, zu dekretieren, das sei eine Frage, die nicht vor das Volk gehöre. Oder in den bilateralen Verhandlungen mit der EU einmal klipp und klar zu sagen, dass die Schweiz nicht bereit sei, besonders in den Alpenregionen, übrigens gleich wie die Franzosen und Oesterreicher, noch mehr Umweltverschmutzung in Kauf zu nehmen. Zudem könne ein Ueberfluten des Landes mit Ausländern und Flüchtlingen jeder Art, angesichts des in ganz Europa bereits heute prozentual grössten Ausländeranteils, überhaupt nicht in Frage kommen.

Was die Schweizer besonders beunruhigt ist ein stagnierendes Wirtschaftswachstum, eine massive Abwanderung der Industrie, besonders der grossen Unternehmen ins Ausland, zusammen mit dem während Jahren aufgebauten Wissen und Können sowie den entsprechend qualifizierten Arbeitskräften und Kader. Der “brain drain” nach dem letzten Weltkrieg scheint sich zu wiederholen. Nur diesmal wird er von den eigenen Unternehmen mit ihren monopolsüchtigen Zusammenlegungen provoziert. Als Folge davon wachsende Arbeitslosigkeit, ein rückläufiger Konsum, sinkende Exporte und steigende soziale Kosten, die zu einer kaum mehr tragbaren staatlichen Verschuldung führen.

Eine Situation, die den Chefredaktor des “Bilan”, Max Mabillard,

in der Lausanner-Zeitung "Le Matin" die verzweifelte Frage stellen lässt, "Ob wir noch an die Schweiz glauben?". Er bekräftigte diese Frage mit einer Reihe von Angaben, wonach die grossen schweizerischen Unternehmen viel mehr im Ausland als in der Schweiz investieren, dort über 22 000 Arbeitsplätze geschaffen, dafür in der Schweiz 8000 (heute sind es schon viel mehr) eliminiert haben. Dazu steigende Arbeitslosigkeit bei rasch wachsenden Riesen-gewinnen dieser Gross- Unternehmen.

Hoffnungen für die Schweiz?

Die Tatsache, dass es den meisten europäischen Ländern, insbesondere der EU, noch viel schlechter ergeht, ist ein schwacher Trost. Länder wie Frankreich, aber auch Deutschland und fast alle anderen Mitgliedstaaten stehen vor sehr ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Die soziale Unrast ist bedenklich und das Volk hat auf jeder Stufe, abgesehen von der obersten Schicht der Reichen, buchstäblich "die Nase voll".

Mit einem Beitritt der Schweiz zur EU würden also die Probleme nicht nur nicht gelöst, sondern um ein Vielfaches verschlimmert. Vor allem deshalb, weil die Schweiz im Vergleich zur EU viel kleinere und deshalb leichter überblickbare und kontrollierbare Verhältnisse hat. Das ist ihre einzige Chance. Dazu kommt, dass besonders die Jugend gemerkt hat, wie sehr es heute auf eine polyvalente, auf die neuen Technologien, insbesondere die Biotechnologien und die Informatik/Videotechnik ausgerichtete Ausbildung ankommt; gleichzeitig aber auch die Bereitschaft notwendig ist, in jeder beruflichen Tätigkeit flexibel zu sein, nicht nur an einer Karriere bis zum Pensionierungsalter zu kleben; nicht dem Geldverdienst allein, der zwar bei den kleinen Berufen wichtig ist, sondern einem möglichst selbständigen, sinnvollen und kreativen Tätigsein den Vorzug zu geben.

Wenn berücksichtigt wird, dass in der Schweiz mehr als 2 Millionen Menschen kontinuierlich in Weiterbildung sind, dass die Ausbildungssysteme nunmehr in einen ständigen Anpassungs- und Modernisierungsprozess eingetreten sind, dass prozentual pro Kopf der Bevölkerung am meisten Patente deponiert und für die Forschung immer noch beträchtliche Summen ausgegeben werden, so darf der Glaube in die Zukunft nicht aufgegeben werden.

Zukunft sind die Klein- und Mittelbetriebe

An Stelle der Grosskonzerne, die nur noch an einer weltweiten Beherrschung der Märkte mit den entsprechenden Gewinnen interessiert sind, treten die kleinen und mittleren Unternehmen. Sie entsprechen der ursprünglichen Eigenart schweizerischer industrieller Tätigkeit von spezifisch und individuell auf den Abnehmer angepasster Produkte und Dienstleistungen von höchster Qualifikation und Zuverlässigkeit.

Früher oder später werden die ins Ausland abgewanderten Konzerne entweder unter fremde Beherrschung fallen, sich in ihre Bestandteile auflösen oder vom Gastland in der einen oder anderen Form eliminiert werden. Was dann noch übrig bleibt, wird gerne in die Schweiz zurückkehren und froh sein, dort eine gesunde Infrastruktur vorzufinden. Natürlich unter der Voraussetzung, dass sich alsdann die Schweiz nicht unter dem Druck der fanatischen Befürworter eines EU-Beitritts von diesem Gebilde hat aufsaugen lassen und dort in einen noch infernalischeren Kreislauf von Dislokationen, Zusammenschlüssen und steigenden Arbeitslosen-zahlen hineingerissen worden ist...

In diesem Fall würden die erprobten Werte, wie Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie weitgehend verloren gehen. Dazu würde die Schweiz als Mitglied der EU noch mehr zur Drehscheibe von allerlei internationalen Machenschaften wer-

den. Gerade diese Perspektive ist es, die viele Schweizer beunruhigt, verunsichert und an den Behörden, den Führungskräften in Politik und Wirtschaft, aber auch an den Medien zweifeln lässt. Dazu kommt ein gegenseitiges Misstrauen zwischen den einzelnen sozialen, sprachlichen und religiösen Gruppen, wodurch die Glaubwürdigkeit zu uns selber in Frage gestellt wird.

Wie weiter

Als erstes wäre möglichst rasch durch eine Volksbefragung Klarheit über die Haltung des Soveräns inbezug auf einen EU-Beitritt zu schaffen. Diese Befragung wäre durch ein Gremium zu überwachen, das ebenfalls in einer Volksabstimmung zu bezeichnen wäre und dessen Aufgabe sein sollte, eine objektive Orientierung des Stimmvolkes über die effektiven Verhältnisse in der EU sicherzustellen. Vor allem auch zu zeigen, dass die Schweiz als ein unabhängiges, politisch, wirtschaftlich und sozial gesundes Land mehr zum Aufbau eines neuen Europas beizutragen vermöchte als bei seiner Eingliederung in ein supranationales Gebilde, das im Endeffekt nur von einem oder einer kleinen Gruppe europäischer Grossstaaten beherrscht würde.

Nur auf diese Weise kann die heute fehlende Glaubwürdigkeit der Behörden gegenüber den Stimmbürgern wieder hergestellt werden. Den Medien wären ganz klare Richtlinien für eine unparteiische und sachgerechte Orientierung zu erteilen. Sollte sich das Volk gegen einen Beitritt zur EU entscheiden, dann sollten die Bundesversammlung und der Bundesrat neu bestellt werden. Entscheidet sich das Volk für einen Beitritt, so wären die Bedingungen der Schweiz für einen solchen Beitritt ebenfalls vom Volk, vor Beginn der Verhandlungen, in einem präzise formulierten Verhandlungsmandat festzulegen.

Orig.Text Okt. 96, publ. Schweizerzeit 6. Dez. 96

Die Welt braucht ein Friedenskorps Zum Schutz humanitärer Hilfe

Seit dem Ausbruch des Bosnien-Konflikts ist regelmässig darauf hingewiesen worden, dass echte humanitäre Hilfe ohne einen wirksamen militärischen Schutz nicht möglich ist.

Dabei kann es sich nicht um irgendeine militärische Intervention handeln. Vielmehr ist, angesichts der sich in blinder Wut in den Krisengebieten bekämpfenden Parteien, eine wirklich glaubwürdige Neutralität notwendig. An diesem Mangel sind die meisten militärischen Aktionen zugunsten humanitärer Aktionen gescheitert. So war es in Somali, in Bosnien und bereits zum zweiten Mal in Ruanda und dem Ostzaire.

Natürlich ist heute eine militärische Aktion ohne die USA, die Uno, die Nato, sowie einige der wichtigeren westlichen Staaten, kaum denkbar. Leider stellt aber gerade eine derartige Beteiligung jede rechtzeitige Intervention zum vorneherein in Frage. Es genügt einfach nicht, die militärische Intervention nur auf den Schutz von Flüchtlingslager, Korridore oder Sicherheitszonen für die notleidenden zivilen Bevölkerungen zu beschränken. Dieser Schutz kann nur wirksam sein, wenn die militärische Intervention umfassend für Ruhe und Ordnung in den Krisengebieten zu sorgen vermag: Die einander bekämpfenden Parteien, zumindest gegenüber der betroffenen Zivilbevölkerung, militärisch neutralisiert, wenn nötig entwaffnet und mit aller Strenge Verstösse gegen die Menschenrechtskonvention ahndet.

Das wurde in Somali richtig erkannt, aber mit vollständig ungenügenden Kräften angegangen. Das Vertrauen der einander bekämpfenden Parteien in die Neutralität der militärischen Intervention fehlte: In Afrika spukt halt nach wie vor die Angst vor

dem Neokolonialismus der westlichen Welt und in Bosnien ist es das widersprüchliche Verhalten der intervenierenden Staaten und internationalen Organisationen unter sich. Beispiele für die Rivalitäten zwischen Europa und den USA, insbesondere dem neu erwachten neogaullistischen Geltungstrieb Frankreichs, aber auch der EU als solche gibt es genug. Am wenigsten glaubwürdig ist dabei der Uno-Sicherheitsrat und der nach allen Seiten, im Hinblick auf seine Wiederwahl, lavierende Generalsekretär Boutros -Boutros Ghali.

Das gegenseitige politische Vertrauen wird zum ausschlaggebenden Faktor für jede wirksame und vor allem rechtzeitige militärische Intervention. Die Flüchtlingskatastrophe in Ostzaire bietet dafür ein schlagendes Beispiel: Weil Chirac mit dem Vorschlag einer militärischen Intervention vorprellte, zogen die USA die Hilfe solange hinaus, bis es für hunderttausende von Flüchtlingen zu spät geworden ist. Ähnlich ist es in der Palästina-Frage. Die einzelnen Parteien in Ruanda, Zaire und im Burundi trauen weder dem einen noch dem anderen, und noch weniger der Uno. Trotzdem ist eine echte humanitäre Hilfe erst möglich, wenn durch ein einheitliches politisches und militärisches Vorgehen für Ruhe und Ordnung gesorgt werden kann. Mit viel Zeitverschwendung kann vielleicht ein solches einheitliches Vorgehen ermöglicht werden - aber bis dahin werden wohl noch weitere hunderttausende von hilflosen Menschen ins Elend gestürzt werden.

Die Schlussfolgerung drängt sich auf: die internationale Staatengemeinschaft und die von ihr abhängigen Organisationen sind nicht in der Lage, kurzfristig in Krisengebieten humanitäre Hilfe militärisch abzusichern. Es fehlt ihnen die Glaubwürdigkeit einer neutralen Intervention. Dafür braucht es ein zum Vornherein geschaffenes, aus Elitetruppen zusammengesetztes Ständiges Friedenskorps, dessen oberste Leitung jederzeit,

unabhängig von politischen Entscheidungen, berechtigt wäre, in Krisen-Situationen, wie in Ostzäire, sofort einzugreifen. Erst wenn einmal das Minimum einer Infrastruktur für die benötigte humanitäre Hilfe geschaffen und gesichert ist, wäre das Problem an die internationalen politischen Instanzen weiterzugeben. Eigentlich nichts anderes als die Aktion von Balladur und Juppé bei der ersten Ruanda Krise - nur dass sie dann von der internationalen Staatengemeinschaft zu einem Rückzieher gezwungen wurden. Wer weiss, ob diese Intervention, wenn sie auf breiter Basis weitergeführt worden wäre, die Katastrophe von heute nicht vermieden, oder wenigstens hätte wesentlich zurückdämmen können.

Hoffentlich wird ein neuer Generalsekretär der Uno gewählt, der sich intensiv für ein Ständiges Friedenskorp, bestehend aus Elitetruppen traditionell neutraler Staaten, einsetzt. Und für alle Schweizer, denen eine Vision für die Zukunft fehlt, wäre das eine ebenso wertvolle Zielsetzung, wie diejenige, die seinerzeit zur Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz geführt hat.

Orig.Text Okt. 96, publ. bz 16. Dez. 96

Warum der EU beitreten, wo sich die Gräben zwischen Völkern und Regierungen vertiefen?

Wie eine kürzlich von der EU -Kommission in Brüssel durchgeführte Umfrage zeigt, wird in jedem Mitgliedstaat der Graben zwischen den Entscheidungsträgern und dem Volk ständig grösser. Daran vermag das in den meisten Ländern verfassungsmässig verankerte Mitspracherecht der Stimm-bürger nichts zu ändern.

Frankreich

Bezüglich der Verhältnisse in Frankreich sprach der Chefredaktor des Figaro Magazins, Patrice de Plunkett, von einem Bruch zwischen Paris, wo alles entschieden werde, und der breiten Masse der Franzosen: Die "Entscheider auf hohem Niveau", die DHN (décideur de haut niveau) wie er sie nennt, setzen sich nach ihm aus all denjenigen zusammen, die in der Politik, der Regierung und Verwaltung, der Wirtschaft, den Medien aber auch in der Gesellschaft, allen kulturellen Belangen, im sozialen Bereich, in Wissenschaft und Forschung usw. usf. das Sagen haben. Diese "Eliten", die in ihrer geballten Konzentration in der französischen Hauptstadt als Zentrum des Landes auch als "Tout Paris" bezeichnet werden, hätten nichts mehr gemein mit der breiten Masse des Volkes. Es bestände zwischen beiden keine gemeinsame Sprache mehr. Die Sorgen der einen seien nicht die Sorgen der anderen: Den herrschenden Eliten geht es letzten Endes weniger um das Wohl des Volkes als um mehr Einfluss, eine weltweite Beherrschung der Märkte und entsprechend hohe Gewinne: Die Probleme des Volkes, wie wachsende Arbeitslosigkeit, soziale Verunsicherung, die unheimliche Ausmasse annehmende Kriminalität und die Angst der Bürger um ihre Zukunft seien dabei von eher zweitrangiger Bedeutung.

Aehnlich ist es nach de Plunkett in allen anderen EU-Staaten. Die DHN seien auch da weniger am Volk und den nationalen Fragen interessiert als an einem ständigen Machtzuwachs der EU-Zentrale in Brüssel, der natürlich für ihre eigene Einflussnahme - trotz aller Rivalitäten und Machtkämpfe - neue Möglichkeiten, und das auf weltweiter Basis, schafft.

Die Schweiz

Auch in der Schweiz nimmt die Kluft zwischen Volk und Entscheidungsträgern zu. Vorläufig noch mit dem Unterschied, dass das Volk nicht in allem und jedem auf die Strasse gehen muss, um von den herrschenden Schichten gehört zu werden. Und dennoch stellt sich die Frage: Wie lange werden die schweizerischen Entscheidungsträger diese Möglichkeit zulassen? Wie weit sind sie überhaupt noch bereit, die Entscheidungen des Volkes zu respektieren? Antworten auf diese Fragen sind heute ungewisser denn je: Initiative und Referendum stehen für die schweizerischen DHN auf der Abschlusliste. Gerade die Befürworter eines Beitritts zur EU lassen nichts unversucht, um diese Volksrechte zu beschneiden, ja sogar ganz offen mit den Füßen zu treten. Logisch, denn die Volksrechte einer direkten Demokratie passen nicht in das System der in den EU-Ländern vorherrschenden Ausschaltung der breiten Masse des Volkes und der Stimmbürger.

Undemokratischer Bundesrat und Parlament

So entscheiden Bundesrat und Parlament immer häufiger, dass gewisse Fragen nicht mehr vor das Volk gehören, eine Referendumsinitiative unnötig oder nicht annehmbar sei. In diesem Sinne äusserte sich kürzlich Bundesrat Koller am Fernsehen zur Initiative gegen die illegale Einwanderung, oder die Mitarbeit

bei der Nato, die bilateralen Verträge mit der EU, bei denen die feste Absicht besteht, sie einer Volksbefragung zu entziehen, die Umwandlung der SBB in eine AG in Anwendung einer EU-Richtlinie und alle die anderen zahllosen Gesetzesänderungen, die entgegen dem EWR-Nein des Volkes vom 6. Dezember 1992, ohne Volksbefragung erlassen wurden: Angeblich um unsere Rechtsordnung eurokonform zu gestalten.

Wenn es nach den Wünschen der herrschenden Schichten geht, so hätte die Schweiz möglichst rasch das Beispiel der EU in bezug auf das Verhältnis zwischen dem Volk und den Entscheidungsträgern nachzuahmen, auch wenn damit die direkte Demokratie schlicht und einfach ausgeschaltet würde.

Umso triftiger die Gründe, sich gegen einen Beitritt zu wehren. Der Zeitpunkt dazu ist heute günstig, weil die Völker in allen EU-Staaten am Erwachen sind und gegen die herrschenden Eliten, die "DHN" in ihren Ländern, in Brüssel und in Strassburg revoltieren. Auf jeden Fall wäre das Schweizervolk mit seinem Widerstand gegen die supranationale EU nicht mehr alleine.

Orig. Text Nov. 96 publ. Schweizerzeit 20. Dez. 96

Arbeitslosigkeit: Wer soll zahlen ? Die Verursacher von Massenentlassungen

Je mehr Rundtischgesprächen, Arenadiskussionen und sonst unzähligen Reden von Politikern und Wirtschaftsfach-leuten zugehört wird, desto ratloser wird das Volk: Insbesondere die von der Misere betroffenen Arbeitslosen. Bisher hat noch niemand ein Wunderrezept zutage gefördert:

Die grossen Unternehmen weisen auf die Globalisierung der Weltwirtschaft. Das zwingt sie, zum fusionieren, zum rationalisieren, zum dislozieren nach Niedriglohnländern, um konkurrenzfähig und am Leben zu bleiben. Dabei sei leider unvermeidbar, mit einer manchmal grausam wirkenden mathematischen Genauigkeit vorzugehen; wenig Rücksicht auf das eigene Land und die eigenen Landsleute nehmen zu können.

Die Arbeitnehmer laufen gegen diese Mentalität Sturm. Wo immer möglich, wird heutzutage nur noch mit Erpressungen operiert: Der Unternehmer erpresst seine Angestellten, diese ihren Arbeitgeber, beide den Staat und die öffentlichen Institutionen und alle die schutzlose breite Masse des Volkes. Jeder gegen jeden. Ein Streik folgt dem andern. An-statt zu arbeiten, wird tage-, ja wochen- und monatelang demonstriert und blockiert. Dabei kommt jede noch so gesunde Wirtschaft buchstäblich "auf den Hund".

Der Ausweg aus diesem Teufelskreis ist noch nicht sichtbar. Politiker und Experten tun zwar sehr geheimnisvoll und sagen, der Auswege gäbe es viele, wenn... Aber mehr sagen sie nicht. Inzwischen wachsen die Zahlen der Millionen von Arbeitslosen. Gleichzeitig wachsen die Soziallasten und die Steuern, um diese Millionen mit dem Minimum zu versorgen, was sie zum

Leben brauchen. Aber nicht mit dem, was ihnen ein sinnvolles Leben zu ermöglichen vermöchte.

In der Schweiz ist es noch nicht so schlimm. Vor allem wird noch viel und gut gearbeitet. Die Mehrheit der Unternehmen sind kleine und mittlere Betriebe (KMU), die inovativ, zuverlässig und risikofreudig das anbieten, wofür die Schweiz weltbekannt geworden ist: Individuell auf die Bedürfnisse des Abnehmers angepasste Produkte und Dienstleistungen; fristgerecht und zuverlässig. Dafür fehlt es weder an qualifizierten Mitarbeitern, insbesondere auch an Wissenschaftlern und Technikern für neuartige, zukunftssträchtige Entwicklungen. Es fehlt nur an einem, aber davon, wegen der Globalisierung der Weltwirtschaft, mehr denn je - das dafür notwendige Risikokapital, das mit Vorliebe in Niedriglohn-Ländern investiert wird, weil dort grössere Profite gemacht werden können und praktisch (zur Zeit) keine hohen sozialen Kosten bestehen.

Bereits Ende der 60iger Jahre hatte ich mich als Beauftragter des Bundesrats für die Uhrenindustrie und internationale Industriefragen für die massive Bereitstellung von Risiko-kapital zugunsten der KMU eingesetzt. Damals, lehnten die Banken diese Aufgabe ab. Besonders heute sind die Banken vor allem am Investment Banking interessiert, nicht aber an zinslosem oder zu einem sehr niedrigen Zins gewährten Risikokapital. So wie das in den 50iger Jahren in Boston von General Doriot mit der "American Research and Development Corporation" getan wurde und seither als Vorbild für viele Beteiligungsgesellschaften in der Schweiz gedient hat.

Kürzlich erklärte der oberste Leiter einer der schweizerischen Grossbanken, es gäbe in der Schweiz für die Bereitstellung von Risikokapital für die KMU genug Geld. Nur sei dies nicht Sache der Banken, sondern der Beteiligungsgesellschaften. Diese replizierten, dass sie an sich bereit seien, sofern die

Risiken in Grenzen gehalten werden könnten... Es fehle eine Art von Rückversicherung für diese Risiken, die wegen dem hohen Kapitalbedarf einer globalisierten Wirtschaft, ins unermessliche gewachsenen seien. Gerade diese Risiken aber sind einzugehen, um die KMU, die immer noch am meisten neue Arbeitsplätze schaffen, zu erhalten.

Unter diesen Umständen ist für den Mann von der Strasse die Antwort auf das Problem relativ einfach: In Anwendung des Verursacherprinzips wäre für jeden Arbeitsplatz, der bei Fusionen oder bei einem ins Ausland dislozierenden Gross-unternehmen abgebaut wird, eine Art von "Solidaritäts - Abgabe" von mindestens einem Jahressalär in einen "KMU-Entwicklungs-Risiko-Fonds" einzuzahlen. Dieser Fonds hätte jenen Beteiligungsgesellschaften, die nachgewiesenermassen Risikokapital für neue Entwicklungen von KMU einsetzen, eine vertraglich festgelegte Rückversicherung gegen übermässige Verluste oder direkt Beiträge an die KMU zur Zinsverbilligung normaler Bankkredite zu gewähren...

Die Drohung der Grossunternehmen, ganz ins Ausland abzuwandern, sollten nicht allzu ernst genommen werden: Entweder beabsichtigen sie ohnehin auszuwandern, sodass es sich um eine leere Drohung handelt; oder sie beurteilen die Vorteile eines Standorts in der Schweiz, angesichts der Gefahren im Ausland, immer noch als soviel besser, dass sie ihre Drohung nicht wahr machen. Vielleicht, und das wäre der grosse Vorteil dieses Systems, besinnen sie sich, wenigstens in einem Teil der Fälle, eines Besseren, und suchen eine andere, etwas menschlichere Lösung als die bisher praktizierten Massenentlassungen; etwas, das wir alle tun sollten, bevor wir menschliche Arbeit durch Motoren, Computer und Apparate ersetzen.

Orig. Text Dezember 96 publ. bz 8. Januar 97.

Strasse gegen Behörden

Wer regiert noch in den westlichen Demokratien?

Das Phänomen ist bedenklich. In den meisten westlichen Demokratien werden die Länder nicht mehr ausschliesslich von den verfassungsmässigen Organen regiert, sondern in zunehmendem Ausmass werden die Entscheidungen von der Strasse her, mit lautstarken Demonstrationen, brutaler Einschüchterung und gewalttätigen Ausschreitungen beeinflusst.

Ein bekannter schweizerischer Staatsmann sagte einmal, die westlichen Demokratien müssten aufpassen, dass sie bei mangelnder Führung und Ordnung im Innern des Landes nicht zu einer Diktatur der "am lautesten pöbelnde Minderheit" würden.

Zum Beispiel Frankreich

Frankreich bietet dafür ein typisches Beispiel. Zwar wurde das Land von de Gaulle als eine präsidential regierte Republik konzipiert, in welcher es in erster Linie Aufgabe des Staatsoberhaupts war, für Ruhe, Ordnung und Prosperität im Innern des Landes zu sorgen. Die von ihm nicht sehr positiv eingestuften Erfahrungen mit dem französischen Volk, das er als zu weich (mou) und nur auf seine Bequemlichkeit bedacht erachtete, veranlassten ihn, sich recht bald wenig um die Innenpolitik zu kümmern. Er konzentrierte sich auf die Wiederherstellung der durch den Krieg angeschlagenen Grösse des Landes, die "Grandeur de la République". Die Innenpolitik wurde der Regierung und einem riesigen, schwerfälligen Beamtenapparat überlassen.

Bei Georges Pompidou, der den Grundstein für eine moderne französische Industrie legte, kam die Innenpolitik wieder etwas besser zum Zug. Aber Giscard d'Estaing und François Mitterrand konzentrierten sich erneut auf die Aussenpolitik. Mitterrand

gelang das Kunststück, nach innen als das um das Wohl seiner Landsleute besorgte "Onkelchen" zu wirken, obwohl es ihm nur darum ging als der Staatsmann zu glänzen, der in der Lage war, für alle internationalen Probleme Lösungen zu finden, auch wenn sein Land dafür manchmal einen sehr hohen Preis zu zahlen hatte. Vor allem wollte er als der entscheidende Erbauer des geeinten Europas in die Geschichte eingehen.

Vom heutigen Präsidenten Jacques Chirac wurde auf Grund seiner Wahlkampagne erwartet, er werde sich ernsthaft mit den von ihm angekündigten grundlegenden Reformen des Landes, insbesondere mit der Ueberbrückung des Grabens zwischen regierender Schicht und dem Volk, befassen. Seit seiner Wahl ist er meistens im Ausland, versucht krampfhaft sich, gleich wie de Gaulle und Mitterand, als einer der führenden Staatsmänner dieses Jahrhunderts zu profilieren. Mit dem Resultat, dass auch bei ihm die Regierung, das Parlamenteent, die Parteien und die "classe politique" auf sich allein angewiesen, eine Innenpolitik betreiben, die in kurzer Zeit zu einer Reihe gefährlicher sozialer Unruhen geführt hat.

Bereits de Gaulle musste die bittere Erfahrung machen, dass er eigentlich von den blutigen Studentenunruhen im Mai 1968, also auch von der Strasse her, zum Rücktritt veranlasst wurde. Seither bestätigt sich der Eindruck, dass die Entscheidungen der französischen Regierungen, ob rechts oder links, immer häufiger vom Pöbel oder gezielten Macht-demonstrationen diktiert werden: Sei es Generalstreiks oder terroristische Aktionen, welche das Land lahmlegen und die französische Wirtschaft Unsummen von Geld kosten, oder individuelle Aktionen, wie diejenige der Lastwagenfahrer, die mit ihren Blockaden zu einem entscheidenden und gefürchteten Machtfaktor, weit über die Grenzen Frankreichs hinaus, geworden sind.

Die Frage ist durchaus berechtigt, wer denn eigentlich heutzutage noch in Frankreich regiere: jedes Mal wenn irgend eine Gruppe mit ihren Forderungen auf die Strasse geht und die Mehrheit der Bevölkerung unter Druck setzt, gibt die Regierung nach. Diese Entwicklung hat sich schon seit langem abgezeichnet. Die Schuld daran tragen viele, letztlich die Franzosen selber. Aber viel bedenklicher ist, dass sich dieses Phänomen neuerdings in allen anderen westlichen Demokratien manifestiert.

Diktat der Strasse auch in der Schweiz

Dabei wäre die Schweiz das letzte Land, in welchem die Bürger zur Wahrung ihrer Rechte auf die Strasse zu gehen hätten. Mit Referendum und Initiative haben sie es ja in der Hand, ihre Anliegen an der Abstimmungs-Urne geltend zu machen.

Je mehr aber die regierenden Kreise Volksentscheidungen missachten, wie das EWR-Nein von 1992, oder nun mit dem neuen Verfassungsentwurf ernsthaft daran gehen, die Volksrechte zu beschneiden; je mehr die Bundesräte und die Spitzen der Verwaltung ihre Arbeit auf die Aussenpolitik konzentrieren, insbesondere den Beitritt zur EU, dafür wichtige Probleme im Innern des Landes, wie Arbeitslosigkeit, Finanzierung der sozialen Kosten, die Ueberfremdung, das Gerangel unter den Kantonen insbesondere zwischen der Deutsch- und Westschweiz vernachlässigen und je mehr die grossen schweizerischen Unternehmen ins Ausland dislozieren oder von ausländischen Multis aufgekauft werden; desto nachdrücklicher wird sich das Schweizervolk Gehör auf der Strasse zu verschaffen suchen.

Umsomehr als auch unsere Bundesräte und Parlamentarier, mehr als je zuvor, im Ausland abwesend sind, grundsätzlich Initiativen des Volkes mit parteiischen und ungenügenden Informationen (zum Beispiel nicht gesagt haben, dass gerade

die Kreise illegaler Flüchtlinge gefährlichen Terroristen einen idealen Unterschlupf bieten) bekämpfen oder konsequent die Ergebnisse von Volksabstimmungen, die ihrer Politik nicht entsprechen, missachten. Angefeuert von den sensationshungrigen Medien, werden auch in der Schweiz, wie in Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und in fast allen anderen europäischen Demokratien, die Stimmurnen und die Verfassungsorgane durch zunehmend brutalere Demonstrationen und Manifestationen ersetzt.

Zu was das führt, kann bei allen Nachbarn festgestellt werden: Neben den ehrlich um ihre Rechte kämpfenden Bürger schleichen sich ein unkontrollierbarer "Pöbel", Terroristen, Kriminelle oder machthungrige Gruppierungen irgendwelcher politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Schattierung ein, um gefährliche politische und soziale Wirren zu provozieren. Die Demonstration der Bauern vom Oktober 1996 in Bern bietet dafür eine nur allzuklares Beispiel.

Höchste Zeit, dass auch wir in der Schweiz aufwachen und dass sich alle, vom Bundesrat bis zum letzten Bürger, wieder um mehr Respekt, die Erhaltung, ja sogar um den weiteren Ausbau der Volksrechte bemühen.

Orig.Text Dezember 96, publ. Schweizerzeit 10. Jan. 97

Rückkehr von Zar Simeon II Chancen der Monarchie in Bulgarien?

Die Frage ist gar nicht so abwegig.

In den meisten Balkanstaaten, aber auch in ehemaligen Sowjetrepubliken, ist die Rede davon. Gesucht ist ein System, bei dem ein über dem Parteiengerangel stehendes Staatsoberhaupt etwas mehr Kontinuität und eine demokratisch abgestützte Autorität zu gewährleisten vermöchte.

In der Geschichte Bulgariens hat sich eine "konstitutionelle Monarchie" nach belgischem Muster bewährt. Das war wohl auch der Grund, warum letztes Jahr dem bulgarischen König Simeon II, bei seinem ersten Besuch nach 50 Jahren Exil, von der Bevölkerung ein begeisterter Empfang, nicht nur in Sofia, sondern im ganzen Land, bereitet wurde.

Obwohl sich mehr als 60% für seine Rückkehr aussprachen, verzichtete er darauf, im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden November, irgendwelche Ansprüche zu stellen. Diese klare Haltung ermöglichte einen relativ ruhigen Verlauf der Wahlen, die allerdings die Probleme des Landes in keiner Weise zu regeln vermochten. Nach wie vor muss der neugewählte Präsident, der Kandidat der Union der Demokratischen Kräfte (UDK), mit einem von den Neo-kommunisten beherrschten Parlament regieren. Eine über den Parteien stehende Persönlichkeit ist dringend notwendig, um das Land aus seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Misere herauszuholen. König Simeon II könnte dieser Mann sein. Seit den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 19. April 1997 hat sich die Lage in dem Sinne verändert, dass die UDK nun über eine absolute Mehrheit verfügt und der Prüfung der Frage einer Rückkehr zur

Monarchie nicht abgeneigt sein dürfte.

Wer ist Simeon II?

Simeon II ist einer der wenigen am Ende des letzten Weltkriegs von den Kommunisten abgesetzten Balkankönige, der nie offiziell abgedankt hat. Wenn er auch zur Zeit keinerlei Ansprüche stellt, so würden er und seine Familie sich selbstverständlich nicht ihrer Pflicht entziehen, wenn ein Ruf des Volkes erfolgen sollte. Zwar haben er und seine Familie, als Nachkommen der grossen europäischen Fürstenhäuser, nicht viel mit Bulgarien zu tun - ein Vorwurf der Kommunisten. Trotzdem sind sie doch eng mit dem Land verwachsen:

Sowohl der Grossvater Ferdinand I aus dem Hause Sachsen-Koburg als vor allem auch der Vater, Boris III, haben sich während ihrer Amtszeit so mit dem bulgarischen Volk, seiner geschichtlichen und kulturellen Entwicklung identifiziert, dass sie auf jeden Fall, vom Volk aus gesehen, durchaus als Bulgaren gelten.

Zudem weisen sie viele der für die Bulgaren typischen Charakterzüge auf. Eigenschaften, welche diesem Volk ermöglichen, mehr als 700 Jahre Fremdherrschaft zu überstehen und ihre eigene kulturell-geschichtliche Eigenart zu bewahren. Es sind dies eine gehörige Portion von positivem Pragmatismus, viel gesundem Menschenverstand, Mut und Durchstehvermögen, Humor, eine Art von Mutterwitz und Schlaueit, die ein Zurechtfinden in den schwierigsten Situationen ermöglichen. Arbeitsam, aus der Zeit vor dem kommunistischen Regime bekannt als erfolgreiche Kaufleute, ausgezeichnete Handwerker (heute Ingenieure und Techniker), Bauern, Gärtner, Gemüse- und Obstbauern. Zuverlässig und gefürchtet als bescheidene und mutige Soldaten, was ihnen bereits zu Beginn dieses

Jahrhunderts das Lob als die „Preussen des Balkans“ eingetragen hatte.

Viele dieser Eigenschaften sind unter dem Regime der Volksrepublik verloren gegangen. Aber es ist doch noch ein guter Grundstock davon vorhanden. Von seiner Erziehung und seiner im Lande verbrachten Jugend her weist Simeon II einen grossen Teil dieser bulgarischen Eigenschaften auf.

Sind die Bulgaren Monarchisten?

Die Frage ist schwierig zu beantworten:

Zunächst einmal, weil die Bulgaren, wie viele der Balkanvölker, heissblütig, kämpferisch, antiautoritär, um nicht zu sagen extrem freiheitsliebend sind. Unter der türkischen Herrschaft sind diese Eigenschaften um ein vielfaches potenziert worden. Als „Haiduken“ (Partisanen) haben sie während fünf Jahrhunderten gegen jede staatliche Autorität und alle türkischen Machthaber gekämpft - oft auch subversiv aus ihrem Maquis im Balkangebirge.

Trotz dieser liberal-republikanischen Einstellung ist der Monarchismus irgendwie tief im Volk verwurzelt. Seit der Gründung des ersten bulgarischen Königsreichs im Jahre 681 im Donaudelta haben die Bulgaren nichts anderes gekannt als die Regierung eines Monarchen bzw. eines obersten Kriegsherrn, der sich zunächst Khan und später Zar nannte. Abgesehen von den drei Perioden einer zusammen mehr als 700 Jahre dauernden Fremdherrschaft, sind heute nicht nur die älteren Generationen, sondern zunehmend auch jüngere Bulgaren auf die Perioden ihrer Geschichte stolz, in denen ihr Land als freier Staat von eigenen Monarchen regiert wurde. Gerne weisen sie auf ihre grossen Zaren hin:

Etwa dem Zaren Boris I, der im 10 Jahrhundert das Christentum eingeführt und die zwei Brüder Kyril und Methody aus Saloniki beauftragt hatte, ein dem damals gesprochenen Bulgarisch phonetisch angepasstes Alphabet zu schaffen. Gestützt darauf verbreiteten sich die in diesem alten Kirchenslawisch (pravoslavisch) verfassten Kirchenbücher nicht nur in dem vom Sohn Boris I, dem Zaren Simeon I, bis vor die Tore von Byzanz, der Adria und dem Reich Karl des Grossen ausgedehnten Bulgarien, sondern auch bei allen anderen slawischen Völkern bis weit hinein nach Russland.

Das nach der Befreiung Bulgariens von der byzantinischen Beherrschung im Jahre 1185 entstandene zweite Königreich unter der Dynastie der Aseniden erreichte im 13. Jahrhundert militärisch, politisch und kulturell einen weit über die Balkanhalbinsel hinausreichenden Höhepunkt. Bulgarien wurde ein reiches, vom Gedankengut der damaligen Welt durchflutetes Land, was seinen Niederschlag in der pittoresk gelegenen Hauptstadt Trnovo, einer Blütezeit des Klosterwesens und der vielfältigsten Handelsbeziehungen fand.

Das dritte Königreich

Viele Bulgaren beurteilen heute die Zeit seit der Befreiung von den Türken bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs positiver als die letzten 50 Jahre unter sowjetischem Einfluss. Es gelang dem Großvater von Simeon II, Ferdinand I und seinem Vater Boris III, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs aus der rückständigen türkischen Provinz ein modernes, prosperierendes und kulturell entwickeltes Land zu machen.

Boris III hat sich entsprechend seiner volksnahen und liberalen Einstellung bemüht, mit allen Parteien und Gruppierungen

im Land, sogar mit den Kommunisten und den kommunistisch beeinflussten Bauern, zusammenzuarbeiten und die Armee im Griff zu behalten. Das Land erlebte unter ihm sowohl wirtschaftlich als insbesondere auch sozial und in der Ausbildung einen beachtlichen Aufschwung.

Das haben ihm auch heute noch viele Bulgaren nicht vergessen. Insbesondere seinen Widerstand gegenüber der Forderung Hitlers für einen Kriegsbeitritt, was er mit seinem mysteriösen Tod am 28. August 1943 (nachdem er eine Woche vorher von einem Aufgebot Hitlers nach Berchtesgaden zurückgekehrt war) bezahlen musste.

Die Chancen von Simeon II

Die beim Besuch Simeon II in Bulgarien manifestierte, vornehmlich emotionale Begeisterung und Nostalgie für eine heute, angesichts der bestehenden Schwierigkeiten, vielleicht allzu verherrlichte Vergangenheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass letztlich auch heute die Bulgaren nicht allein über ihre Staatsform entscheiden können. Im Hintergrund sind da noch die Russen. Der Westen, einschliesslich die USA, zeigen nach wie vor wenig Verständnis und Interesse an diesem Land. In dieser Beziehung könn-ten die guten Kontakte Simeons zu den USA und Westeuro-pa von grossem Nutzen sein. Als erfahrener Finanzberater wäre er auch der Mann, der die Interessen der Bulgaren bei den grossen internationalen Finanzinstituten wahrnehmen könnte. Gleich, wie sein Vater, bietet er alle Garantien für ein demokratisches Regime.

Also eine Persönlichkeit, mit der in Bulgarien nach wie vor (insbesondere seit den Parlamentswahlen vom 19. April 97) zu rechnen ist und die sich gegebenenfalls, weil sie ein Faktor

der Stabilität zu werden vermöchte, ganz allgemein auf die Verhältnisse im Balkan positiv auswirken könnte.

Orig.Text Jan. 97 publ. Schweizerzeit 7. Febr. 97

Bilaterale Abkommen mit der EU sofort vors Volk. Nicht erst nach eine jahrelangen Probezeit

Verschiedene Aeusserungen von Bundesrat Cotti lassen die Absicht erkennen, die bilateralen Abkommen mit der EU dem Volk nicht vor deren Inkrafttreten zur Genehmigung vorzulegen. (vergl. Basler Zeitung vom 25./26. Januar 97).

Das ist am klarsten beim Abkommen über den freien Personenverkehr, aber auch beim Abkommen über den Verkehr.

Als ein besonderes Entgegenkommen der EU bezeichnet Cotti die Regelung, wonach der freie Personenverkehr erstnach einer Probezeit von zehn Jahren einzuführen sei. Zu-dem sei für das Abkommen eine anfängliche Geltungsdauer von sieben Jahren vorgesehen. Erst danach hätte sich die Schweiz gestützt auf die gemachten Erfahrungen zu entscheiden, ob sie das Abkommen weiterführen wolle.

Dieser Kompromiss ist in Wirklichkeit gar keiner, weil nach zehn Jahren definitiv die volle, automatisch wirkende Freizügigkeit gelten würde, die zudem bereits vom fünften Jahr an provisorisch einzuführen wäre. Eine allzugrosse Einwanderung könnte während dieser Phase nur noch mit vorübergehenden Kontingentierungen abgebremst werden. Vom zehnten Jahr wäre dann überhaupt keine Kontingentierung mehr möglich. Schliesslich hätte die Schweiz, bereits nach zwei Jahren eine Reihe von Massnahmen zur Besserstellung der ausländischen Arbeitskräfte zu treffen.

Mit diesem von Cotti als Erfolg gebuchten Kompromiss wird dem Schweizervolk das gleiche zugemutet, wie beim EWR. Auch

damals hiess es, der EWR sei nur eine Versuchsphase, die der Schweiz gestatten sollte, sich gestützt auf die damit gemachten Erfahrungen für oder gegen einen Beitritt zur EU zu entscheiden zu. Obwohl fast gleichzeitig das offizielle Beitritts-gesuch eingereicht wurde, behaupteten die Behörden, der EWR sei etwas vollständig Selbständiges, das für sich bestehe und nicht automatisch zum EU-Beitritt führe. In Wirklichkeit würde aber die Schweiz durch den EWR in das System der EU-Gesetzgebung so weitgehend integriert sein, dass sie gar nicht ohne schwerwiegende wirtschaftliche Folgen auf einen Beitritt verzichten könnte.

Mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr wird das gleiche versucht. Nach sieben Jahren wird der schweizerische Arbeitsmarkt mit demjenigen der EU so eng verwachsen sein, dass dann das Volk in seiner Entscheidung gar nicht mehr frei wäre. Umsomehr als nach Cotti bei einem Nein des Schweizervolkes alle anderen Abkommen, in bezug auf welche die Schweiz vielleicht bereits grosse Investitionen gemacht haben wird (wie die wissenschaftliche Zusammenarbeit), neu zu verhandeln wären. Für die EU bilden nämlich heute diese Abkommen, obwohl sie bei Beginn der Verhandlungen das Gegenteil garantiert hatte, eine in sich gleichgewichtete Einheit. Diese Situation ist es sehr wahrscheinlich, die Bundesrat Cotti veranlasste, zu sagen, dass nach sieben Jahren das Abkommen "allenfalls" einer Volksabstimmung unterstellt würde: Auf gut deutsch heisst das: Auf jeden Fall nicht vorher und ohne Sicherheit für später.

Beim Verkehr liegt das Schwergewicht auf der Besteuerung der Strassentransporte, insbesondere bei den Alpenübergängen. Zu Beginn der Verhandlungen musste die Schweiz darauf verzichten, die von der Alpenschutzinitiative geforder-

te Verlegung der Warentransporte von der Strasse auf die Schiene durch Verbote, Kontingentierungen und Gewichtsbegrenzungen sicherzustellen. Stattdessen schlug sie vor, eine hohe Schwerverkehrsabgabe auf der Strasse als Anreiz zur Benützung der Schiene zu schaffen. Die EU akzeptierte dies nur unter dem Vorbehalt, die Höhe dieser Abgabe im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen, damit es nicht zu Verkehrsverlagerungen über Oesterreich oder Frankreich komme.

Wenn die kürzlich festgestellte Luftverschmutzung in Frankreich und das erstmals kurzfristig ausgesprochene Verbot der Zirkulation von Lastwagen, der Rückstand des Alpen-Tunnelbaus in Frankreich und Oesterreich berücksichtigt wird, dann sollte jedermann klar sein, wie sehr die EU alles daran setzen wird, die gemeinsam festzulegende Schwerverkehrsabgabe möglichst niedrig zu halten. Jedenfalls so niedrig, dass dann auch der Anreiz zur Verlagerung auf die Schiene dahinfallen würde und die Strassentransporte, wie bisher den direktesten Weg über die Alpen, nämlich die Schweiz, wählen würden.

Bundesrat Cotti glaubt zwar immer noch, es werde gelingen, sich auf eine Schwerverkehrsabgabe zu einigen, die "gemäss dem Verfassungsauftrag der Alpenschutzinitiative Anreize zu Verkehrsumlagerung bieten kann und muss". In diesem Sinne würde ein Verkehrsabkommen mit der EU dem von der Alpeninitiative bewirkten Verfassungsschutz entsprechen und würde somit, so hofft er, nicht dem Entscheid des Volkes unterliegen.

Die Erfahrungen in multilateralen Verhandlungen zeigen das Gegenteil: In der Regel ist ein Konsens verschiedener Staaten nur auf einem gemeinsamen, meistens sehr niedri-

gen Nenner möglich. Das Ergebnis wäre keine als Anreiz zu Verkehrsumlagerungen geeignete Schwerverkehrsabgabe. Also direkt im Widerspruch mit dem Alpenschutzartikel der Bundesverfassung.

Auf jeden Fall sind das Abkommen über den freien Personenverkehr und dasjenige über den Verkehr vor ihrem Inkrafttreten dem Volk vorzulegen, weil sie die schweizerische Staatshoheit zeitlich unbegrenzt in bezug auf einen wirksamen Schutz vor einer untragbaren Ueberfremdung und einer gefährlichen Luftverschmutzung einschränken. Ein positiver Entscheid des Volkes kann nur erwartet werden, wenn es gelingt, beim Abkommen über den freien Personenverkehr auch nach Ablauf der Probefrist von 10 Jahren eine, auf klare, wenn möglich prozentuale Anwendungskriterien (Verhältnis zwischen den ausländischen Arbeitskräften zur Gesamtbevölkerung, zu den schweizerischen Arbeitskräften, insbesondere den Arbeitslosen) abgestützte Kontingentierung vorzusehen. Dem Verkehrsabkommen wäre neben einer möglichst hohen gemeinsamen Schwerverkehrsabgabe (die dem im Vergleich zu Frankreich und Oesterreich kurzen Weg über die Schweiz Rechnung trägt) ein auf die drei Alpenländer verteiltes gemeinsames System von Maximal-Quoten für die Zulassung von Strassentransporten beizufügen.

Auf jeden Fall sollte vermieden werden jetzt, wie das kürzlich Bundesrat Cotti getan hat, auf die Notwendigkeit eines Beitritts der Schweiz zur EU pointiert hinzuweisen. Beim Stimmbürger könnte dies nur den Eindruck einer Drohung machen: Entweder Du stimmst den bilateralen Abkommen zu oder dann musst Du den Beitritt zur EU in Kauf nehmen. Das ist zumindest als ungeschickt zu bezeichnen, weil es die gleichen Folgen wie beim EWR haben könnte.

Orig.Text Januar 97, publ. bz 8. Februar 97

Bilaterale Abkommen mit der EU sofort vors Volk. Nicht erst nach eine jahrelangen Probezeit

Verschiedene Aeusserungen von Bundesrat Cotti lassen die Absicht erkennen, die bilateralen Abkommen mit der EU dem Volk nicht vor deren Inkrafttreten zur Genehmigung vorzulegen. (vergl. Basler Zeitung vom 25./26. Januar 97).

Das ist am klarsten beim Abkommen über den freien Personenverkehr, aber auch beim Abkommen über den Verkehr.

Als ein besonderes Entgegenkommen der EU bezeichnet Cotti die Regelung, wonach der freie Personenverkehr erstnach einer Probezeit von zehn Jahren einzuführen sei. Zu-dem sei für das Abkommen eine anfängliche Geltungsdauer von sieben Jahren vorgesehen. Erst danach hätte sich die Schweiz gestützt auf die gemachten Erfahrungen zu entscheiden, ob sie das Abkommen weiterführen wolle.

Dieser Kompromiss ist in Wirklichkeit gar keiner, weil nach zehn Jahren definitiv die volle, automatisch wirkende Freizügigkeit gelten würde, die zudem bereits vom fünften Jahr an provisorisch einzuführen wäre. Eine allzugrosse Einwanderung könnte während dieser Phase nur noch mit vorübergehenden Kontingentierungen abgebremst werden. Vom zehnten Jahr wäre dann überhaupt keine Kontingentierung mehr möglich. Schliesslich hätte die Schweiz, bereits nach zwei Jahren eine Reihe von Massnahmen zur Besserstellung der ausländischen Arbeitskräfte zu treffen.

Mit diesem von Cotti als Erfolg gebuchten Kompromiss wird dem Schweizervolk das gleiche zugemutet, wie beim EWR. Auch

damals hiess es, der EWR sei nur eine Versuchsphase, die der Schweiz gestatten sollte, sich gestützt auf die damit gemachten Erfahrungen für oder gegen einen Beitritt zur EU zu entscheiden zu. Obwohl fast gleichzeitig das offizielle Beitritts-gesuch eingereicht wurde, behaupteten die Behörden, der EWR sei etwas vollständig Selbständiges, das für sich bestehe und nicht automatisch zum EU-Beitritt führe. In Wirklichkeit würde aber die Schweiz durch den EWR in das System der EU-Gesetzgebung so weitgehend integriert sein, dass sie gar nicht ohne schwerwiegende wirtschaftliche Folgen auf einen Beitritt verzichten könnte.

Mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr wird das gleiche versucht. Nach sieben Jahren wird der schweizerische Arbeitsmarkt mit demjenigen der EU so eng verwachsen sein, dass dann das Volk in seiner Entscheidung gar nicht mehr frei wäre. Umsomehr als nach Cotti bei einem Nein des Schweizervolkes alle anderen Abkommen, in bezug auf welche die Schweiz vielleicht bereits grosse Investitionen gemacht haben wird (wie die wissenschaftliche Zusammenarbeit), neu zu verhandeln wären. Für die EU bilden nämlich heute diese Abkommen, obwohl sie bei Beginn der Verhandlungen das Gegenteil garantiert hatte, eine in sich gleichgewichtete Einheit. Diese Situation ist es sehr wahrscheinlich, die Bundesrat Cotti veranlasste, zu sagen, dass nach sieben Jahren das Abkommen "allenfalls" einer Volksabstimmung unterstellt würde: Auf gut deutsch heisst das: Auf jeden Fall nicht vorher und ohne Sicherheit für später.

Beim Verkehr liegt das Schwergewicht auf der Besteuerung der Strassentransporte, insbesondere bei den Alpenübergängen. Zu Beginn der Verhandlungen musste die Schweiz darauf verzichten, die von der Alpenschutzinitiative geforder-

te Verlegung der Warentransporte von der Strasse auf die Schiene durch Verbote, Kontingentierungen und Gewichtsbegrenzungen sicherzustellen. Stattdessen schlug sie vor, eine hohe Schwerverkehrsabgabe auf der Strasse als Anreiz zur Benützung der Schiene zu schaffen. Die EU akzeptierte dies nur unter dem Vorbehalt, die Höhe dieser Abgabe im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen, damit es nicht zu Verkehrsverlagerungen über Oesterreich oder Frankreich komme.

Wenn die kürzlich festgestellte Luftverschmutzung in Frankreich und das erstmals kurzfristig ausgesprochene Verbot der Zirkulation von Lastwagen, der Rückstand des Alpen-Tunnelbaus in Frankreich und Oesterreich berücksichtigt wird, dann sollte jedermann klar sein, wie sehr die EU alles daran setzen wird, die gemeinsam festzulegende Schwerverkehrsabgabe möglichst niedrig zu halten. Jedenfalls so niedrig, dass dann auch der Anreiz zur Verlagerung auf die Schiene dahinfallen würde und die Strassentransporte, wie bisher den direktesten Weg über die Alpen, nämlich die Schweiz, wählen würden.

Bundesrat Cotti glaubt zwar immer noch, es werde gelingen, sich auf eine Schwerverkehrsabgabe zu einigen, die "gemäss dem Verfassungsauftrag der Alpenschutzinitiative Anreize zu Verkehrsumlagerung bieten kann und muss". In diesem Sinne würde ein Verkehrsabkommen mit der EU dem von der Alpeninitiative bewirkten Verfassungsschutz entsprechen und würde somit, so hofft er, nicht dem Entscheid des Volkes unterliegen.

Die Erfahrungen in multilateralen Verhandlungen zeigen das Gegenteil: In der Regel ist ein Konsens verschiedener Staaten nur auf einem gemeinsamen, meistens sehr niedri-

gen Nenner möglich. Das Ergebnis wäre keine als Anreiz zu Verkehrsumlagerungen geeignete Schwerverkehrsabgabe. Also direkt im Widerspruch mit dem Alpenschutzartikel der Bundesverfassung.

Auf jeden Fall sind das Abkommen über den freien Personenverkehr und dasjenige über den Verkehr vor ihrem Inkrafttreten dem Volk vorzulegen, weil sie die schweizerische Staatshoheit zeitlich unbegrenzt in bezug auf einen wirksamen Schutz vor einer untragbaren Ueberfremdung und einer gefährlichen Luftverschmutzung einschränken. Ein positiver Entscheid des Volkes kann nur erwartet werden, wenn es gelingt, beim Abkommen über den freien Personenverkehr auch nach Ablauf der Probefrist von 10 Jahren eine, auf klare, wenn möglich prozentuale Anwendungskriterien (Verhältnis zwischen den ausländischen Arbeitskräften zur Gesamtbevölkerung, zu den schweizerischen Arbeitskräften, insbesondere den Arbeitslosen) abgestützte Kontingentierung vorzusehen. Dem Verkehrsabkommen wäre neben einer möglichst hohen gemeinsamen Schwerverkehrsabgabe (die dem im Vergleich zu Frankreich und Oesterreich kurzen Weg über die Schweiz Rechnung trägt) ein auf die drei Alpenländer verteiltes gemeinsames System von Maximal-Quoten für die Zulassung von Strassentransporten beizufügen.

Auf jeden Fall sollte vermieden werden jetzt, wie das kürzlich Bundesrat Cotti getan hat, auf die Notwendigkeit eines Beitritts der Schweiz zur EU pointiert hinzuweisen. Beim Stimmbürger könnte dies nur den Eindruck einer Drohung machen: Entweder Du stimmst den bilateralen Abkommen zu oder dann musst Du den Beitritt zur EU in Kauf nehmen. Das ist zumindest als ungeschickt zu bezeichnen, weil es die gleichen Folgen wie beim EWR haben könnte.

Orig.Text Januar 97, publ. bz 8. Februar 97

Die Schweiz hat noch lange nicht “ausgespielt” Neutralität nach wie vor nötig

Im Zusammenhang mit dem Nazi-Gold und den jüdischen Guthaben wird die These vertreten, die Schweiz habe mit der Beendigung des kalten Krieges (Frank A. Meyer “Blick” 16. Febr. 96) die Rolle eines “Orts der Windstille” in einer “sturmdurchfegten Welt” verloren; habe damit in bezug auf die Bedeutung eines jahrhundertalten neutralen Treffpunkts und Vermittlers “ausgespielt”.

Für verschiedene Kreise im In- und Ausland erscheint somit der Zeitpunkt als äusserst günstig, die Schweiz für ihr Verhalten im letzten Weltkrieg zur Rechenschaft zu ziehen; vor allem möglichst viel Geld als Entschädigungen und einer Art “moralischer” Wiedergutmachung herauszuholen. Was immer die laufenden Untersuchungen zutage fördern, muss zum vorneherein all denjenigen das Recht zu urteilen ab-gesprochen werden, die den Krieg nicht selber miterlebt haben: Sei es an der Grenze, im Innern, im Ausland, auf der Flucht vor Naziverfolgungen oder in harten Verhandlungen zur Sicherstellung der Landesversorgung und der Unab-hängigkeit. Mit oder ohne Fehler, positive oder negative, moralische, politische, militärische oder wirtschaftliche Verantwortung, mit oder ohne Glück oder gar die Hilfe der Vorsehung, steht eines fest:

Nur dank dem, was die Kriegsgeneration getan hat, war es möglich, das Ueberleben nicht nur des Schweizervolkes, sondern von hunderttausenden Flüchtlingen (Zivilisten, die Angehörigen der alliierten Armeen und viel mehr jüdischen Flüchtlingen als leider abgewiesen werden mussten) sicher-zustellen. Ganz zu schweigen von den noch viel zahlreicheren Notsuchenden in den Kriegsgebieten und der übrigen Welt, die nur dank der Hilfe der Schweiz, insbesondere des Internationalen Komitees vom

Roten Kreuz und anderer schweizerischer Hilfsorganisationen zu überleben und den Kontakt zu ihren Angehörigen wiederzufinden vermochten.

Wenn, wie Meyer selber sagt, "Die Frage nach unserer (angeblichen) Schuld die Frage nach uns selbst" ist, dann muss auch er anerkennen, dass es der Schweiz gelungen ist, in einem der härtesten Konflikte dieses Jahrhunderts nicht nur zu überleben, sondern gleichzeitig neutraler Treffpunkt und Vermittler zu bleiben. Nur dank dieser Rolle konnte all den Flüchtlingen, welche die Schweiz aufzunehmen vermochte, das Ueberleben gewährleistet werden. Etwas, das auf jeden Fall nicht möglich gewesen wäre, wenn wir, wie die Belgier oder Holländer, aufgegeben hätten, das Land von den Deutschen besetzt worden wäre.

Die Frage nach unserer angeblichen Schuld besteht somit zunächst einmal darin, was die Schweiz bzw. die heute so ungerecht angegriffene Kriegsgeneration befähigt hat, die Rolle zu spielen, die ihr ermöglichte ein für beide Parteien, interessanter vom Konflikt verschonter Ort sicherzustellen. Die Untersuchungen, die jetzt im Gange sind, werden, wenn objektiv geführt, zeigen, dass es das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren ist: Einmal der Wehrwille des Volkes; die im Laufe des Krieges stark verbesserte Wehrbereitschaft; die weiterhin funktionierende Wirtschaft und Industrie, deren militärische Lieferungen sowohl der einen als auch der anderen Partei zugute kamen und zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit, auch gegenüber den Angriffsgelüsten der Nazis, eine psychologisch wirksame "wirtschaftliche" Abwehr-Waffe (so a.BR. G.-A. Chevallaz) bildete; die finanzielle Kraft der Schweiz und die weltweite anerkannte Sicherheit des Schweizerfrankens; die Bereitschaft zur Rolle des neutralen Vermittlers, die diplomatische Vertretung der kriegführenden und anderen Staaten; schliesslich die besonders auch in den Kriegsgebieten weltweit

erbrachte humanitäre Hilfe.

Zu all dem brauchte es von jedem Schweizer aber auch von jedem Flüchtlingen viel harte Arbeit, Ausdauer, Selbstvertrauen und nicht wenig Mut: Besonders auch gegenüber den Zaghafte, die sich schon damals aus Angst vor dem Alleingang der Hitler'schen "Neuen Ordnung Europas" unterstellen wollten, den doch recht zahlreichen Mitläufern, der fünften Kolonne, den zahllosen Spionen und Geschäftemacher aus aller Welt. Dazu Vertrauen und Solidarität zwischen den Regierenden, der Armee und dem Volk. Dafür ist bei dieser Kriegsgeneration nicht viel von der von Bundesrat Cotti und Frank A. Meyer gezeigten Selbstgerechtigkeit festzustellen. Stolz ja, wie ihn z.B. ein Bundesrat Ph. Etter jeweils den Schmähungen von Goebbels und Konsorten öffentlich im Namen des ganzen Volkes entgegenstellte. Aber alle waren sich der Kleinheit, der Schwäche und der Aussichtslosigkeit eines Widerstandes auf die Dauer bewusst - gerade deshalb gab bei der grossen, bescheidenen Mehrheit des Volkes niemand auf.

Grundlegend hat sich an dieser Situation für die Schweiz auch heute nichts geändert. Nach wie vor sind die Welt, gerade auch Europa, voll von Konflikten : Statt Armeen sind es die grossen Wirtschaftsblocke , die in einer globalisierten Weltwirtschaft härter aufeinanderprallen. Umsomehr braucht es kleine, möglichst in sich wirtschaftlich, sozial und politisch gefestigte Länder, die bereit sind, mit ihren weltweiten Erfahrungen und Beziehungen, Brücke zwischen den Gegnern von morgen zu sein. Ein typisches Beispiel für solche "guten Dienste" ist der ehemalige Gatt-Generaldirektor, Arthur Dunkel, der als neutraler Schweizer dazu berufen wurde, einen der heute gefährlichsten Konflikte zwischen der EU und den USA zu schlichten. Als Mitglied der EU, der Uno oder irgendeiner Organisation könnte die Schweiz solche Dienste nicht erbringen.

Der Wert der Schweiz als neutraler Treffpunkt, wie Genf oder Davos, oder als Vermittler, wie A.Dunkel oder mit ihm viele andere Schweizer, steht und fällt mit der Blockfreiheit: Es braucht dazu nur etwas mehr Mut und Selbstervertrauen als ihn diejenigen haben, die heute von einer Schuld unserer Kriegsgeneration sprechen. Abgesehen davon kann es gemäss dem bekannten, viele Jahre in Basel lehrenden und hochgeachteten Philosophen Karl Jaspers, der in der Nazi-Zeit mit seiner jüdischen Frau in die Schweiz flüchtete, für ein ganzes Volk weder eine kriminelle noch eine moralische Schuld geben.

Orig.Text Januar 97, publ. bz 13.März 97

Hat die Schweiz ihr Rückgrat verloren ?

Zu den Vorwürfen für das Verhalten im letzten Krieg

Schon seit Marignano (1515), besonders im zu Ende gehenden Jahrhundert, war die Schweiz gut genug, dank ihrer Neutralität, die Vertretung der Interessen der kriegführenden Staaten untereinander, aber auch in vielen anderen Ländern wahrzunehmen. Davon haben Millionen von Flüchtlingen profitiert, besonders auch die im zweiten Weltkrieg aus Deutschland und deutsch besetzten Gebieten geflüchteten Juden. Ihre Nachkommen und deren Organisationen scheinen heute vergessen zu haben, dass die Schweiz, übrigens zusammen mit Schweden, nicht in der Lage gewesen wäre, diese Aufgabe zu erfüllen, wenn sie nicht die Kraft und den Willen gehabt hätte, unabhängig zu bleiben und einen Ort der Zuflucht für Menschen jeder Herkunft, Rasse und Religion zu bieten. Heute diese Rolle der bewaffneten Neutralität anzuzweifeln ist historisch falsch, aber auch im höchsten Ausmass unfair. Ohne diese Unabhängigkeit wären x-tausende von Juden mehr dem Holocaust zum Opfer gefallen.

Selbstbeschuldigung

Noch viel bedenklicher sind die Selbstbeschuldigungen massgebender Schweizer, die allerdings zum grössten Teil den letzten Krieg und die Nazizeit seit 1934 nicht miterlebt haben; die nicht wissen, was es alles brauchte, um in dem ideologisch und totalitär geführten Krieg der Nazis die einfachste humanitäre Hilfsaktion durchzuführen. Wenn, die in der Regel eher hartgesottenen Bankiers, heute ein in Millionen gehendes Entgelt für die angeblich von der Schweiz "gestohlenen" jüdischen Fluchtgelder und das in die Schweiz gebrachte "Nazi-Raubgold" anbieten, dann ist das in erster Linie ihre Sache. Entweder sind ihnen bei der Handhabung der Fluchtgelder Fehler unterlaufen, dann sollten

sie den Mut haben, dies einzugestehen. Trifft sie keine Schuld, dann sollten sie nicht versuchen, mit einem solchen Lösegeld ihr angeschlagenes Geschäftsansehen in der Welt wieder herzustellen. Das zieht nicht, auch wenn dieser Aktion ein noch so schönes humanitäres Mäntelchen umgehängt wird.

Auf jeden Fall wird eine solche Geste, und das zum Nachteil des ganzen Landes, als ein Schuldbekenntnis interpretiert. Darüber hinaus aber noch den Bundesrat und alle anderen massgebenden Institutionen der Schweiz hineinziehen zu wollen, ist nicht sehr "clever", weil dadurch das Land, in dem sie leben und dem sie ihre Prosperität verdanken, in Misskredit gebracht wird. Zudem wird damit der Appetit der Holocaust - Nachkommen und deren Organisationen nach noch mehr Geld übermässig angeregt.

Verursacher

Schliesslich war es ja nicht die Schweiz, welche den Holocaust verbrochen hat. Der Verursacher war ein deutscher Staat, der nach geltendem und allgemein anerkanntem Völkerrecht einen Nachfolger hat - das heutige Deutschland. Aber die Holocaust-Nachkommen wissen ganz genau, dass bei dem heutigen Deutschland, der stärksten Wirtschaftsmacht und Nummer 1 in der EU, nicht mehr viel zu holen ist. Für den auf Stimmenfang bei den jüdischen Wählern ausgehenden Senator d'Amato ist es deshalb naheliegend, auf die kleine Schweiz, der man sowieso alles und jedes neidet, wie neuerdings auch Schweden, loszugehen: Masslose, in keiner Weise beweisbare Forderungen für angebliche "Unterschlagungen" herrenloser jüdischer Flüchtlingsguthaben in der Schweiz zu stellen; gleichzeitig natürlich versuchen, auch noch ein "gute Stange" Schweizerfranken für das sogenannte Nazi-Raubgold herauszuholen.

Dabei hat die Schweiz dafür bereits zweimal gezahlt: einmal während dem Krieg als das Nazideutschland dieses angebliche Raubgold als Vermögen der Reichsbank der Schweiz verkauft hatte und dann gleich nach dem Krieg im Rahmen des Washingtonerabkommens von 1946. Auch für die herrenlosen jüdischen Flüchtlingsguthaben bei Schweizerbanken wurde sowohl im Rahmen des Washingtonerabkommens als auch in einer Reihe anderer Abkommen mit den ehemaligen nazibeherrschten Mittel- und osteuropäischen Staaten gezahlt. Soweit sich Erben jüdischer Flüchtlingsguthaben in der Schweiz rechtmässig auszuweisen vermochten bzw. diese Erben innerhalb der gesetzlichen Fristen eruierbar waren, wurden ihnen diese Gelder zurückerstattet. Das ist alles bekannt und gleich nach dem Krieg aber auch heute durch eine Reihe öffentlicher Dokumente, besonders der zitierten Abkommen, offenkundig.

Jetzt mehr Rückgrat

Umso weniger verständlich ist das zaudernde und ängstliche Verhalten der Banken, vieler Politiker und leider auch zum Teil der zuständigen Behörden zur Klarlegung dieser vollauf bekannten Tatsachen. Auf jeden Fall eine der Schweiz nicht würdige Haltung - ein Land, das im letzten Krieg alles getan hat, was ihm möglich war, um zwischen den kriegführenden Parteien Mittel und Wege zu finden, die grosse Not zahlloser Menschen zu lindern. Gleich nach dem Krieg ist dies von Churchill ausdrücklich anerkannt worden. Auch die für ihre Härte bekannte amerikanische Behörde zur Verwaltung feindlicher Vermögen hat dies durch die Freigabe der während dem Krieg als "enemy alien" in den USA sequestrierten schweizerischen Vermögenswerte ebenfalls anerkannt. Leider wird immer wieder vergessen, dass die Mittel eines so kleinen Landes, gerade während der Umzingelung durch die Achsenmächte, begrenzt waren und in vielen Fällen, die Hilfen nur unter den allergrössten Gefahren für

das ganze Land erbracht werden konnten.

Die Schweiz hat deshalb heute von niemandem zu akzeptieren, über sie herzufallen und sich für das Verhalten während dem letzten Weltkrieg beschimpfen zu lassen - am wenigsten aus den eigenen Reihen von Schweizern, die offenbar nicht mehr den Mut haben auch bei einer härteren Gangart auf dem internationalen Parkett etwas mehr Rückgrat zu zeigen. Noch weniger sollte sich die Schweiz die aus rein politischem Ehrgeiz heraus gemachten Vorwürfe des Senators aus New York gefallen lassen. Ebenso kann sie mit gutem Recht, die gegen sie von gewissen Kreisen der Holocaust-Nachkommen lancierte Kampagne als vollständig ungerechtfertigt zurückweisen. Umsomehr als es sich um jüdische Flüchtlinge handelt, die sich entweder selber oder deren Nachkommen sich über die Schweiz nach den USA und anderen Staaten der nazifreien Welt gerettet hatten und eigentlich der Schweiz gegenüber etwas mehr Dankbarkeit zeigen sollten. Mit gutem Recht durfte deshalb Bundesrat Delamuraz diesen unziemlichen Druck, besonders die zahlreichen Hinweise auf irgendwelche, keineswegs beweisbare geheime Dokumente und Verhandlungen der Schweiz mit dem Nazi-Deutschland, als eine unannehmbare "Erpressung" bezeichnen. Damit hat er wenigstens seitens der Schweiz das Rückgrat bewiesen, das heute vielen Schweizern fehlt.

der Schweiz dem König als "Schweizer" anerkannt in den "Serres" qualifizierten schweizerischen Vermögenswerte ebenfalls anerkannt. Leider wird immer wieder vergessen, dass die Mittel eines so kleinen Landes, gerade während der Umzingelung durch die Achsenmächte, begrenzt waren und in vielen Fällen, die Hilfen nur unter den allergrössten Gefahren für das ganze Land erbracht werden konnten.

Die Schweiz hat deshalb heute von niemandem zu akzeptieren, über sie herzufallen und sich für das Verhalten während dem letzten Weltkrieg beschimpfen zu lassen - am wenigsten aus den eigenen Reihen von Schweizern, die offenbar nicht mehr den Mut haben auch bei einer härteren Gangart auf dem internationalen Parkett etwas mehr Rückgrat zu zeigen. Noch weniger sollte sich die Schweiz die aus rein politischem Ehrgeiz heraus gemachten Vorwürfe des Senators aus New York gefallen lassen. Ebenso kann sie mit gutem Recht, die gegen sie von gewissen Kreisen der Holocaust-Nachkommen lancierte Kampagne als vollständig **ungerechtfertigt zurückweisen**. **Umsomehr als es sich um jüdische Flüchtlinge handelt, die sich entweder selber oder deren Nachkommen sich über die Schweiz nach den USA und anderen Staaten der nazifreien Welt gerettet hatten und eigentlich der Schweiz gegenüber etwas mehr Dankbarkeit zeigen sollten. Mit gutem Recht durfte deshalb Bundesrat Delamuraz diesen unziemlichen Druck, besonders die zahlreichen Hinweise auf irgendwelche, keineswegs beweisbare geheime Dokumente und Verhandlungen der Schweiz mit dem**

Wieder hat das Volk den Schwarzen Peter Für die Sieben-Milliarden-Solidaritäts-Stiftung

Wie der Bundesrat bestätigt, ist letztlich das Volk für den Entscheid über die Sieben-Milliarden-Solidaritäts-Stiftung zuständig. Klar ist allerdings noch nicht, über was das Volk zu entscheiden haben wird: Nur über eine Verfassungs-änderung, welche die Nationalbank, im Gegensatz zur heutigen Rechtslage, ermächtigen würde, einen Teil der Gold-reserven zu diesem Zwecke zu verwenden oder hätte das Volk auch die Gelegenheit, sich im einzelnen über die Orga-nisation der Stiftung, die Höhe der Zuwendung, die Verwal-tung und das Verfahren bei der Verteilung der Solidaritäts-leistungen, insbesondere bei der Festlegung der Empfän-ger, zu äussern. Darüber werden, so die Bundesräte Koller und Villiger, konkrete Vorlagen zuhanden der Bundesver-sammlung ausgearbeitet, die dann entscheiden müsse, was davon schlussendlich dem Volk zur Genehmigung vorzulegen ist.

Offensichtlich glaubt der Bundesrat, damit sei ihm ein "genialer" Schachzug gelungen: Einerseits erweckt er den "staatsmännischen" Eindruck, für all das Elend auf der Welt etwas Grosses, weit in die Zukunft Blickendes tun zu wollen und das, unab-hängig von der gegenwärtig das Land so sehr belastenden Vergangenheits-Bewältigung. Andererseits hatte der weltweit mit einem grossen Ueberraschungseffekt zitierte Betrag von Sieben Milliarden Schweizerfranken natürlich auch die Wirkung, in einem höchst kritischen Zeitpunkt der Nazigold-Krise und der Kritik am Verhalten der Schweiz während dem letzten Krieg ein gewisses Ausbre-chen, ein sich "Losschlagen von der Vergangenheit" zu ermöglichen. Zweifellos eine bewusst von ihm angepeilte Wirkung, auch wenn er das verneint. Sonst hätte

er ja dies bereits früher oder wenigstens zu einem neutraleren Zeit-punkt tun können.

Was immer der Bundesrat sagt, ist für jedermann, besonders für die Nachkommen der Holocaust-Opfer und deren Vertreter klar, dass diese "Geste" des Bundesrats ein klares Schuldbekenntnis der Schweiz für das ihr vorgeworfene Verhalten während des Zweiten Weltkriegs ist. Sonst wäre nie von der im Ausland in Geldfragen eher als "zurückhaltend" beurteilten Schweiz eine so grossartige Geste von sage und schreibe "Sieben Milliarden" gemacht worden.

Umso nachteiliger wirkt sich aus, dass, wie inzwischen allmählich durchsickert, nicht sieben Milliarden in guten Schweizerfranken "auf den Tisch des Hauses" gelegt werden, sondern nur die Zinsen davon, die den Verhältnissen auf dem Anlagemarkt entsprechend auf etwa 3 bis 350 Mio Schweizerfranken pro Jahr geschätzt werden. Aber auch diese Zinsen werden in dieser Höhe nicht sofort fällig, weil der den sieben Milliarden entsprechende Goldverkauf auf zehn Jahre zu staffeln ist. Von der im Ausland mit viel Dank hochgejubelten "grandiosen" Geste des Bundesrats bleibt so relativ wenig übrig, das zudem noch auf das In- und Aus-land, auf die Vergangenheit und Zukunft zu verteilen ist. Für die hunderte von Projekten, was alles mit diesen sieben Milliarden zur Lösung der Probleme unserer Zeit im Aus-land und in der Schweiz getan werden könnte, von der Bekämpfung der Lepra bis zum massiven Abbau der Arbeitslosigkeit und besserer sozialer Leistungen auch für die doch recht zahlreich wirklich armen Menschen im eigenen Land, würde da nicht mehr viel drin liegen.

Am bedenklichsten ist aber der von offizieller Seite immer häufiger gemachte Hinweis, der Bundesrat könne nicht selber entscheiden. In einer direkten Demokratie habe das Volk das letzte

Wort. Bei einem Ja würde natürlich der Bundesrat, allerdings mit der ihm üblichen "Bescheidenheit", die Patenschaft für eine derart fortschrittlich Idee für sich in Anspruch nehmen. Bei einem Nein würde er onehin nicht viel riskieren: Er würde weiterhin im Amt bleiben und, gleich wie beim EWR-Nein 1992, zusammen mit dem Parlament, den Parteien und der "classe politique", tun, was er für gut befindet, auch wenn es einem Volksentscheid zuwiderläuft. Auf jeden Fall könnte er dem Ausland gegenüber, aber auch in der Schweiz, für sich in Anspruch nehmen, wenigstens alles menschenmögliche für eine "gerechte, vorwärtsblickende und humanitäre Lösung" getan zu haben. Natürlich werde er versuchen, das Volk zu informieren und zu überzeugen (lies: eines besseren zu belehren), aber mehr könne er bei den "ewigen Neinsagern" ohnehin nicht ausrichten.

Damit hat der Bundesrat zum x-ten Mal inbezug auf einen wichtigen politischen Entscheid, den Schwarzen Peter dem Volk zugespielt, anstatt sich mit ihm solidarisch für die gemeinsamen Interessen des Landes einzusetzen. Vor allem zu vermeiden, dass bei einer Ablehnung erneut das Schweizer Volk als rückständig, egoistisch und antihumanitär beschimpft wird. Dabei hätte er, wenn er überhaupt noch in Tuchfühlung mit dem Volk ist, wissen müssen, dass eine solche Lösung nicht einfach "übers Knie" gebrochen werden kann und sein allzusehr nur als ein publizistisches Ablenkungsmanöver wirkender Vorschlag überall, insbesondere auch beim Volk, auf Misstrauen stossen muss. Zudem, rein sachlich besehen, als eine Gefährdung der in Zukunft gegenüber der EURO - Währung sicher noch sehr dringend benötigten Goldreserven der Nationalbank betrachtet wird. Somit wenig Chancen auf eine Zustimmung des Volkes bestehen.

Oder bezweckte der Bundesrat mit seinem überraschenden

Vorprellen, das Volk in eine Situation hineinzumanövrieren, bei der es keine freie Wahl mehr hat? Wo ihm nichts anderes übrig bleibt, als Ja zu sagen. Eine Taktik, die ja schon lange inbezug auf die Beziehungen zur EU praktiziert wird: Entweder entzieht man die abgeschlossenen Verträge der Zustimmung durch das Volk, wie das jetzt wieder mit den bilateralen Verträgen versucht wird, oder man schafft eine Situation, bei der das Volk keine Wahl hat. Ganz einfach aufdem ihm vom Bundesrat zugespilten Schwarzen Peter hocken bleibt...

Orig.Text April 97, publ. bz 3.Mai 97